

„Bekannte Narrative, neue Strömungen – wie das Engagement gegen antimuslimischen Rassismus instrumentalisiert wird.“

Publikation zur Fachtagung
Rheinland-Pfalz, 29.10.2020

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung



„Bekannte Narrative, neue Strömungen – wie das Engagement gegen antimuslimischen Rassismus instrumentalisiert wird.“

Publikation zur Fachtagung
Rheinland-Pfalz, 29.10.2020.

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

1. Vorwort	S. 3
2. Einleitung	S. 4
3. Islamophobie, Islamfeindlichkeit oder antimuslimischer Rassismus?		
Misbah Khan, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz	S. 6
4. Radikalisierung, Salafismus und die Rolle des Opfernarrativs		
Dr. Daniela Pisoiu, Österreichisches Institut für Internationale Politik	S. 12
5. Fatale Wechselwirkung – wie antimuslimischer Rassismus für islamistische Onlinepropaganda instrumentalisiert wird		
Heike Folz, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz	S. 18
6. Mit Memes gegen Islamismus		
Canan Korucu, ufuq.de	S. 28
7. Kommentar: Wem überlassen wir die Debatten?		
Nava Zarabian, Bildungsstätte Anne Frank	S. 36
8. Impressum	S. 40
9. Kontakt	S. 41

1. Vorwort

Rheinland-Pfalz ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Aber die freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist heute mehr denn je herausgefordert, dieses friedliche Zusammenleben zu schützen! Mit diesem Apell startete 2020 die rheinland-pfälzische Kampagne „Miteinander gut leben – gegen Hass und Hetze“.

Dem Einsatz für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit hat sich auch das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz verschrieben. Es vernetzt im Auftrag des Förderprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie und des Landes Rheinland-Pfalz Engagierte und Aktive, die sich gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und für eine demokratische Gesellschaft einsetzen. Hierfür bietet das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz Raum für Interaktionen und Austausch über Demokratieförderung sowie Expertise in Extremismusprävention und -intervention.

Das Demokratiezentrum ist im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung angesiedelt und folgt dem Dreiklang des Bundesprogramms: Demokratie fördern - Vielfalt gestalten - Extremismus vorbeugen. Der Fachbereich religiös begründeter Extremismus setzt sich im Bereich der diversitätsorientierten Arbeit im Netzwerk (DivAN) mit universeller und selektiver Prävention von „islamistischer“ Radikalisierung auseinander. Erkenntnisse der Präventions- und Interventionspraxis werden zusammen mit wissenschaftlichen Forschungsergebnissen den Fachkräften im Präventionsnetzwerks DivAN in regelmäßig stattfindenden Fachtagungen zur Verfügung gestellt.

Am 29. Oktober 2020 fand eine, in diesem Jahr digitale, Fachtagung zum Thema: „Bekannte Narrative, neue Strömungen – wie das Engagement gegen antimuslimischen Rassismus instrumentalisiert wird“ statt. Die unterschiedlichen Aspekte dieses Diskurses wurden intensiv beleuchtet und zeigen unter anderem die Wechselwirkung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber muslimisch gelesenen Menschen und islamistischer Radikalisierung seit Beginn des 21. Jahrhunderts. Im Einsatz für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz kann diese Publikation hoffentlich einen Beitrag zur Sensibilisierung gegenüber Rassismus und dessen Wirkungen sowie für einen respektvollen gesellschaftlichen Umgang leisten.

Petra Fliedner, Leitung Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

2. Einleitung

Im Jahr 2019 wurden laut Bundesinnenministerium 871 Übergriffe auf Musliminnen und Muslime bzw. als muslimisch gelesene Menschen verzeichnet. Eine höhere Dunkelziffer wird jedoch vermutet. Im Februar 2020 wurden bei einem Anschlag in Hanau zehn Menschen aus nachweislich rassistischen Motiven ermordet. Im Oktober 2020 wurde in Paris der Lehrer Samuel Paty von einem Schüler ermordet und eine Messerattacke in Dresden forderte zwei Todesopfer. Beide Taten scheinen durch islamistisch-dschihadistische Motive begründet.

Welchen Zusammenhang gibt es in dieser Reihe von Ereignissen? Sie scheinen doch zunächst Ausdruck zweier sich diametral gegenüberstehender Formen von Extremismus darzustellen: auf der einen Seite antimuslimischer Rassismus und auf der anderen Seite islamistischer Terror. Doch bei genauerem Hinsehen entpuppen sich beide Phänomene als zwei Seiten derselben Medaille, als zwei Lesarten derselben Geschichte. Um es ganz deutlich zu sagen: Als zwei, sich tatsächlich diametral gegenüberstehende Positionen, die sich jedoch derselben Narrative, also Geschichten, bedienen, um ihren jeweiligen Standpunkt zu untermauern und ihre Anhängerinnen und Anhänger zu mobilisieren. In den oben genannten Fällen dienten diese Narrative dazu, gewalttätige Übergriffe zu rechtfertigen. So weit entfernt die Positionen der jeweiligen Gruppierungen erscheinen, so ähnlich sind viele Muster derer sie sich bedienen und so groß die Wechselwirkung untereinander. Sie füttern sich gegenseitig, halten sich am Leben und befeuern einander.

Mit diesem komplexen Phänomen, der Narrative und Gegennarrative, sowie ihrer Wirkweisen, hat sich die Fachtagung im Herbst 2020 ausgiebig im Rahmen dreier Beiträge beschäftigt. Um der bestehenden Aktualität der Thematik Rechnung zu tragen ist nun diese Publikation entstanden, die die jeweiligen Vortragsinhalte wiedergibt und sie darüber hinaus noch in aktuelle Bezüge und Diskussionen einbettet.

Einleitend soll zunächst der bestehende Begriffsdiskurs aufgegriffen werden. Worüber sprechen wir eigentlich? „Islamophobie, Islamfeindlichkeit oder antimuslimischer Rassismus?“ Begrifflichkeiten erscheinen mitunter spitzfindig, jedoch kommt ihnen in einem gesellschaftspolitischen Kontext, der gerade auch Veränderungen anstrebt, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu, die in diesem Beitrag von Misbah Kahn, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, dargelegt wird.

Neben aktuellen Zahlen und Entwicklungen hinsichtlich Dschihadismus in Deutschland legt die Referentin Dr. Daniela Pisoiu vom Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) die Mehrdimensionalität von Radikalisierungsverläufen sehr anschaulich dar. Nicht nur Faktoren auf der Mikroebene (Familie, psychosoziale Komponenten, persönliche Ressourcen und Resilienzen) spielen eine ausschlaggebende Rolle in diesem Prozess, sondern vielmehr kommen sie nur im Zusammenspiel mit der Mesoebene (soziales Umfeld, berufliches/schulisches Umfeld, Vernetzung.) und der Makroebene (gesamtsocietäre, politische, wirtschaftliche Entwicklungen, internationale Bezüge) zum Tragen. In ihrem Beitrag „Radikalisierung, Salafismus und die Rolle des Opfernarrativs“ beleuchtet sie anschaulich und nachvollziehbar bekannte Narrative und ihre konkreten Wirkweisen, sowie Ansatzpunkte für Instrumentalisierungen durch extremistische Akteure und Akteurinnen.

Die Instrumentalisierung der verschiedenen Narrative hat sich schon längst, schon vor einer Corona-bedingten Notwendigkeit dazu, in den digitalen Raum verlagert. Dies verdeutlichen alle Referierenden, insbesondere aber Till Baaken von modus I zad, sehr anschaulich an aktuellen Beispielen: YouTube und Twitter, aber auch Instagram und Telegram sind gängige Plattformen zur Erzählung und Verbreitung von Narrativen. Mit Emotionen gefüllt und mit Hashtags versehen lassen sich diese in konsumfreundlicher und legaler Manier völlig unkompliziert an die jeweilige Zielgruppe herantragen. Gerade extremistische Gruppierungen zeigen ein ausgeprägtes Gespür für die Themen der Zeit, dafür was insbesondere junge Menschen um- und antreibt. Sie nutzen dies geschickt für ihre eigenen Zwecke und dabei häufig auf Wegen, die äußerst innovativ und zugänglich sind, gerade für Jugendliche und junge Erwachsene.

Angelehnt an den Beitrag von Till Baaken beschäftigt sich der Artikel „Fatale Wechselwirkungen - wie antimuslimischer Rassismus für islamistische Onlinepropaganda instrumentalisiert wird“ ausführlich mit dem Phänomen des Extremismus im Netz und zeigt relevante Gegenstrategien auf.

Canan Korucu, Co-Geschäftsführerin von ufuq.de in Berlin legt in ihrem Beitrag „Mit Memes gegen Islamismus“ wiederum dar, wovon der Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (die als muslimisch gelesen werden) geprägt ist und in welcher Form dies und ihre Lebensgefühle und Erfahrungen in den beschriebenen Narrativen aufgegriffen werden. Gleichzeitig gibt sie mit Bezugnahme auf das Projekt „bildmachen“ von ufuq.de Ansatzpunkte für Fachkräfte, die es ermöglichen aufzuholen und die Lücken zu füllen, die ansonsten von extremistischen Gruppierungen aufgegriffen werden.

Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Räume, in denen ihre Sorgen und Erfahrungen ernstgenommen werden, bzw. überhaupt auch erst einmal angstfrei kommuniziert werden können. Angstfrei bedeutet hier vor allen Dingen auch offen, wertungsfrei, ohne moralischen Zeigefinger, mit einer ehrlichen Bereitschaft zur Diskussion. Gleichwohl bedeutet es aber auch konstruktiv in den Diskurs zu gehen, wenn es um das Benennen von Grenzen geht und darum, demokratische Grundwerte nicht zu verneinen.

Den Abschluss der Publikation bildet die Frage „Wem überlassen wir die Debatten?“ von Nava Zarabian, Bildungsreferentin der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt. Der Text ist sowohl ein Roundup der Erkenntnisse der Fachtagung, als auch ein Ausblick und Aufruf an alle diejenigen, die mit jungen Menschen arbeiten, aber auch an die Politik.

Eine Notiz am Rande: Die Autorinnen dieser Publikation arbeiten unabhängig voneinander und in unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Daher unterscheiden sich nicht nur ihre Schreibstile und thematischen Schwerpunkte, sondern auch die Art und Weise des Genderns. Dies bildet auf eine besondere Art und Weise die momentane gesellschaftliche Lage des Aushandelns und der Uneindeutigkeit, im Grunde die gerade stattfindende gesellschaftliche Debatte rund um dieses Thema auf eine so authentische Art und Weise ab, das wir uns entschlossen haben, hier nicht redigierend einzugreifen. Wir möchten hier nicht die Entscheidung treffen, welche Form des Genderns die richtige ist, sondern den Raum für Vielfaltigkeit offenlassen.

Heike Folz, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz



3. Islamophobie, Islamfeindlichkeit oder antimuslimischer Rassismus?

Von **Misbah Khan**, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Sprache ist nicht trivial. Sie prägt unsere Wirklichkeit und gibt unserer Welt Gestalt (vgl. Gümüşay 2020). Die Begriffe, die wir verwenden, beeinflussen unser politisches Denken und Handeln. Sprache wandelt sich und kann gleichzeitig Träger oder Katalysator des Wandels sein. Sie kann jedoch auch bewahren oder bewahrt werden. Sprache ist politisch. Nur wenn ein angemessenes Verständnis von Begriffen geteilt wird, können Menschen gemeinsam an einem Strang ziehen. Wenn Menschen über Worte streiten, ist das nicht kleingeistig, sondern grundlegend für unser Denken und Handeln. Deshalb ist es wichtig, eine angemessene Sprache zu verwenden, um ein Phänomen zu beschreiben. Begriffsdebatten sind dementsprechend nicht nur akademisch oder gar egal, sondern zentrale gesellschaftliche Weichenstellwerke.

Um feindselige Einstellungen gegenüber Muslime und Musliminnen zu beschreiben, sind verschiedene Begriffe in der Diskussion. Es stellt sich die Frage, wie negative gesellschaftliche Einstellungsmuster gegenüber Muslime und Musliminnen am angemessensten gefasst werden, ohne Aspekte auszuklammern und ohne unangemessene Fehlimplikationen einzubauen. „In einigen Fällen mögen Definitionsprobleme bzw. -sperrern nebensächlich sein. Dies gilt jedoch nicht für politische und politisch instrumentalisierbare Begriffe“, sagt Carolin Emcke (2010: 216). Es ist wichtig, angemessene Aussagen über die Qualität und Dimension sozialer Konflikte zu treffen. Erst dadurch können Lösungsvorschläge gefunden werden. Deshalb widmet sich dieser Text der terminologischen Diskussion rund um Ängste, Feindseligkeiten und Rassismen gegenüber dem Islam oder seinen Anhänger und Anhängerinnen. Zunächst wird kurz die Lage um das beschriebene Phänomen skizziert. Anschließend sollen ausgewählte Möglichkeiten der Benennung dargestellt werden, bevor eine Positionierung zu diesen erfolgen wird.

Eine teils gravierende Ablehnung der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber Muslime und Musliminnen kann seit den 1990ern immer wieder empirisch deutlich festgestellt werden. Beispielhaft kann hier die Langzeitstudie des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Deutsche Zustände (vgl. Heitmeyer 2003-2010) angeführt werden, genauso wie die „Mitte“-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Leipziger Autoritarismus-Studien. So bestätigen 44,1 Prozent der Befragten in der jüngsten Studie der Universität Leipzig die Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Diese Ansicht findet mit 50,7 Prozent in den neuen Bundesländern sogar eine absolute Mehrheit. 55,8 Prozent der Befragten fühlen sich durch Muslime und Musliminnen „wie ein Fremder im eigenen Land“ (vgl. Decker/ Kiess/ Schuler et. al. 2019: 102).

Diskurse zeigen eine Vielfalt an Begriffen zur Beschreibung des Phänomens. Die gängigsten Begriffe sind „Islamophobie“, „Islamfeindlichkeit“ oder „Muslimfeindlichkeit“ sowie „antimuslimischer Rassismus“. Im Folgenden soll dargelegt werden, wieso es wichtig ist, auch in diesem Zusammenhang von Rassismus zu sprechen.



Der Begriff der „Islamophobie“ wird der entsprechenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit am wenigsten gerecht. „Phobien“ beschreiben Angststörungen. Der Begriff ist unter anderem problematisch, weil er eine pathologische Angst beschreibt. Phobien müssten pathologisch diagnostiziert werden. Es könnte tatsächlich eine Phobie bei Menschen vorliegen – dennoch ist der Begriff in den meisten Zusammenhängen unpassend, weil es sich gerade nicht um eine in der Psychologie klarer und davon abweichend definierte „Phobie“ handelt, sondern um ein umfassendes und abstraktes Diskriminierungssystem. Allenfalls in Einzelfällen trifft eine solche ausgeprägte Angst vor dem Islam als subjektive Einstellung zu. Der Begriff weckt die Konnotation einer psychischen Krankheit und nicht die eines erlernten Vorurteils. Der Begriff impliziert, diese Einstellung als individuelles Problem zu betrachten, nicht als in der Gesellschaft tief verankerte Haltung. Gleichzeitig müsste man dann anerkennen, dass Krankheiten oder Phobien nicht schuldhaft entstehen. Somit könnten Diskriminierende für ihre menschenfeindlichen Handlungen und Aussagen in keiner Weise mehr verantwortlich gemacht werden, wenn man das Framing als Phobie ernst nähme. Die Diskriminierung von Menschen würde damit relativiert (vgl. Armin Pfahl-Traugber 2019).

Daneben besitzt der Begriff „Islamophobie“ antiaufklärerische Momente, die Kritik illegitimieren und der Pathologisierung von Islamkritikern und -kritikerinnen dienen kann. Vor allem weckt der Begriff unpassende Konnotationen, indem er den Eindruck entstehen lässt, die Angstreaktion sei eine begründete Abwehrantwort auf eine tatsächliche Gefahr durch Muslime und Musliminnen. In diesem Sinn kehrt der Begriff die Machtverhältnisse um und betreibt eine Täter-Opfer-Umkehr. „Islamophobie“ ist darüber hinaus definitiv unklar. Er wurde bewusst unpräzise verwendet und viele der Ansprüche, die mit der Verwendung des Begriffes einhergingen, haben sich zwischenzeitlich als falsch herausgestellt (vgl. Kahlweiß/Salzborn 2012).

Der Begriff Islamfeindlichkeit fokussiert, im Gegensatz zur Islamophobie, auf die Feindlichkeit gegenüber dem Islam an sich, womit Personen, Religion und Kultur in Bezug zum Islam mit Vorurteilen belegt werden.

Neben Menschen muslimischen Glaubens werden auch muslimisch gelesene Personen zu Objekten der Abwertung. Begriffe wie Muslimfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit fokussieren sich stärker auf den diskriminierenden Faktor und die abweisende Haltung. Es handelt sich jedoch auch hier um keinen trennscharfen Begriff. Problematisch ist, dass sie per definitionem Menschen oder Ethnien sehr deterministisch einer Religion und einer tatsächlichen Religiosität zuweisen. Damit wird ein geschlossenes, homogenes und undifferenziertes Islambild reproduziert.

Der Begriff Muslimfeindlichkeit ist konkreter als die abstrakte Islamfeindlichkeit, da dieser Begriff einen „kulturellen Rassismus“ verbirgt (Zick/ Küpper/ Berghan 2019: 60). Darüber hinaus ist Muslimfeindlichkeit jedoch genauso homogenisierend und thematisiert Menschen, die als muslimisch gelesen werden, nicht mit. Im Unterschied zur Muslimfeindlichkeit verdeutlicht die Islamfeindlichkeit, dass davon auch als „muslimisch“ gelesene Menschen betroffen sind, auch, wenn diese keine religiösen Menschen sind, nicht praktizieren oder einer anderen Religion oder Weltanschauung anhängen. Zudem lassen die



Begriffe die Machtasymmetrie zwischen Mehrheitsgesellschaft und der sozialen Position der Minderheit außen vor, die aufgrund von kollektiven Zuschreibungen Diskriminierung erfährt. Der Islamfeindlichkeit fehlt weiterhin der rassistisch abwertende Aspekt, der jedoch für die spezifische Diskriminierungserfahrung der Betroffenen so problematisch ist. Diese Definition hat an der Stelle, an der es darum geht, dass eine abstrakte Einstellung in eine diskriminierende Praxis übersetzt wird, einen blinden Fleck. Für sich besitzen beide Begriffe wenig Problematisches in der Anwendung, haben hier auch durchaus eine Relevanz, schaffen es aber insgesamt noch nicht vollumfänglich, alle Dimensionen des Problems zu erfassen und abzubilden.

Der Begriff des antimuslimischen Rassismus (AMR) hingegen fokussiert Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis und Struktur, über die gesellschaftliche Macht verteilt wird. Der Begriff betont die Funktion des Vorurteilsystems, nicht die (zumindest oft schwer nachvollziehbare, zumeist auch nicht relevante) Motivation hinter diesem. Durch das Andocken an die Rassismusforschung ergeben sich Vorteile für die Analyse. Diese können zum Beispiel Impulse zur intersektionalen Analyse sein, die multidiskriminierende Dimensionen mitdenkt. Vor allem aber ermöglicht es der Begriff besonders gut, die strukturelle Dimension der Abwertung von Muslime und Musliminnen wahrnehmen zu können.

Im Zuge einer allgemeinen Tendenz, weg von biologistischen Rassismen zu „Rassismus ohne Rassen“ (Balibar 2019: 28) ist antimuslimischer Rassismus eine prototypische Form von kulturellem Rassismus (vgl. Rommelspacher 2009: 27f). Weil biologistischer Rassismus zum Beispiel in Bezug auf menschliche Hautfarben in weiten Teilen der Gesellschaft nicht mehr offen ausgesprochen werden kann, funktioniert Abwertung auf anderen Wegen. Die Differenzierung, die vorher in der Dimension „Rasse“ erfolgte, wird heute vielfach anhand von angeblich unüberbrückbaren, unversöhnlichen Kulturkreisen durchgeführt (vgl. Demirović/Bojadžijev 2002). Ein zentrales Moment in diesem Prozess ist das Othering der „Sie-Gruppe“ („der Islam“ und seine vermeintlichen Glaubensanhänger und -anhängerinnen) durch die „Wir-Gruppe“. Hierbei wird das Nicht-muslimisch-Gelesenwerden zum Standard bzw. zur Norm erklärt. Die Abweichung hiervon hat negative Konsequenzen zur Folge. Die Mehrheitsgesellschaft wird nicht genauer definiert. Die „Sie-Gruppe“ wird dagegen mit negativen Merkmalen und Zuschreibungen belegt. Die Abgrenzung funktioniert durch das Selbstverständnis, ein positives Gegenbild zu diesen negativen Konstruktionen zu sein. Eine Hierarchisierung der Lebensrealitäten etabliert sich.

Die Verwendungsweisen der Begriffe Islamophobie oder Islamfeindlichkeit suggerieren, dass islamfeindliche Subjekte mit einem realen „Islam“ konfrontiert seien und hierauf mit Angst oder Feindlichkeit reagierten. Das verkennt sowohl die Ursachen als auch die Funktionen und Wirkungsweisen der Diskriminierung von Muslime und Musliminnen. Die Ursache begründet sich auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft in einem rassistischen Dominanzstreben, in der Konstruktion eines islamisch Anderen. Die Funktion ist die Stabilisierung eines homogenen und zentralistischen „westlichen“ (als leere Signifikante) Selbstbildes. Die Darstellung eines kollektiven Anderen als Gegenbild der westlichen Lebenswelt konstruiert, marginalisiert und reproduziert selbstverstärkende Wechselwir-



kungen, die soziale Machtrelationen zementieren sollen. Diese berechtigen zur Privilegierung der Mehrheitsgesellschaft und gleichzeitig legitimieren sie die Marginalisierung von Muslime und Musliminnen.

„Diese diskursive Formation einer dichotomen Anordnung von einem fortschrittlichen, überlegenen Westen versus einem unzivilisierten ›Rest der Welt‹ ist natürlich nicht neu [...]; er wird im Kontext europäischer Migrationsgesellschaften jedoch neu akzentuiert und adressiert nun ebenso das ›Anderer‹ im Inneren Europas“ (Shooman 2015b: 47).

In der Folge werden vermeintliche soziale und kulturelle Differenzen, teilweise auch materielle Herausforderungen, die eigentlich politisch gelöst werden sollten, kulturalisiert, naturalisiert und essentialisiert. Neben expliziter Ablehnung tritt antimuslimischer Rassismus vielfach auch dort auf, wo Themen oder Debatten „islamisiert“ werden. In diesen Zusammenhängen wird die Frage des Muslimisch-Seins dualistisch zu der zentralen Kategorie der Differenzmarkierung erklärt, bzw. aufgeladen. Das kann dabei auch „gut gemeint“ erfolgen, etwa, wenn (vermeintliche) Muslime und Musliminnen von politischen Parteien vorwiegend als Muslime und Musliminnen adressiert werden – aber nicht über andere Identifikationskategorien. Die Folge dieser Prozesse sind eine Dichotomisierung („sie passen nicht zu uns“), die den antimuslimischen Rassismus (AMR) prägt.

„Das monolithische und deterministische Kultur- und Religionsverständnis, das solchen Vorstellungen zugrunde liegt, bringt spezifische Selbst- und Fremdbilder hervor: Weiße christliche bzw. atheistische Europäer_innen hätten demnach das Ideal der Geschlechtergleichheit, eine anti-heteronormative Gesinnung sowie andere Menschenrechtsnormen als Angehörige der ›westlichen Kultur‹ quasi per Geburt verinnerlicht, Muslim_innen – bzw. genauer gesagt, als solche markierte Menschen – stehen hingegen dieser Wahrnehmung zufolge permanent im Verdacht, ihrem Wesen nach frauenverachtend, homophob und demokratieunfähig zu sein“ (Shooman 2015b: 47).

Begründet wird dieser Verdacht durch die Zugehörigkeit zum Islam. Die vermeintliche, weil zugeschriebene, Religion wird zum einzig relevanten identitätsstiftenden Merkmal stilisiert; Geschlecht, Nationalität, Bildung, soziale Zugehörigkeit und andere Wesensmerkmale werden ignoriert. Das Ausmaß tatsächlicher Religiosität spielt dabei keine Rolle und wird meistens eher übersteigert wahrgenommen. In diesem Sinne werden Muslime und Musliminnen von der Mehrheitsgesellschaft, die eben diese „Islamisierung“ befürchtet, in diesem Framing und der Wahrnehmung eher „islamisiert“. Gleichzeitig wird angenommen, der Islam beruhe auf Perspektiven und Einstellungsmustern, die mit der westlichen Welt nicht vereinbar seien. Eine Emanzipation von diesen Positionen sei für Muslime und Musliminnen nicht möglich. Ambivalenz, Ausgewogenheit, eine selbstbestimmte Haltung und Individualität werden den Betroffenen abgesprochen. Dementsprechend wird jede Haltung und Handlung von Muslime und Musliminnen durch ihren Glauben als „Agenten des Islams“ (Decker/Kiess/Brähler 2012: 90) bestimmt und nicht als Individualhandeln akzeptiert (vgl. ebd. 2012: 89f). Leider unterstützen bestimmte Handlungen von einzelnen islamischen Verbänden eine solche Einordnung, indem sie, um ihren Vertretungsanspruch zu untermauern, derartige Homogenität nahelegen. Des Weiteren wird der Grad tatsächlicher Religiosität deutscher Muslime und Musliminnen ebenfalls in diesem Sinne als eher hoch dargestellt.



Gleichzeitig findet antimuslimischer Rassismus in Form von Ethnisierung statt, indem eine semantische Gleichsetzung von Einordnungen wie „Türke“, „Araber“, „Syrer“, „Mensch mit Migrationshintergrund“ und „Muslim“ erfolgen. Damit trifft antimuslimischer Rassismus eben auch Menschen, die aufgrund des Phänotyps oder Namens als muslimisch markiert werden. Dieses zentrale Element fehlt anderen Begriffen. Es geht in der Frage nicht um eine tatsächliche religiöse Praxis, sondern Zuschreibung aufgrund von Markern. Es handelt sich nicht um individuelle Vorurteile, sondern um gesellschaftliche Konstruktionen.

„Der Fokus auf die Religionszugehörigkeit ist Resultat einer Wahrnehmungsverschiebung und einer Islamisierung der Debatten rund um die Themen Migration und Integration, infolge derer aus den Bevölkerungsgruppen, die vormals als Gastarbeiter*innen oder Ausländer*innen wahrgenommen wurden, zusehends Muslim*innen geworden sind. Im Ergebnis wird die religiöse Zugehörigkeit ethnisiert, weshalb auch von einem antimuslimischen Rassismus gesprochen werden kann“ (Shooman 2015a: 8).

Zentral ist dem Konzept von antimuslimischem Rassismus, dass es um gesellschaftliche Machtrelationen geht, nicht um tatsächliche oder vermeintliche Religionszugehörigkeit. Bojadžijev (2008: 14) vertritt eine relationale Theorie des Rassismus, mit der „die Konjunkturen des Rassismus im Verhältnis zu sozialen Kämpfen bestimmt werden“. Dementsprechend lässt sich die Konjunktur des antimuslimischen Rassismus auch als Marginalisierungsprozess im Zuge einer zunehmend selbstbewusster auftretenden Gruppe (junger) Muslime und Musliminnen in Deutschland erklären, die nicht bloß akzeptiert werden wollen, sondern selbstverständliche, gleichwertige, aktive Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen erwarten (vgl. Friedrich/Schulte 2013). Weder die Idee von Phobien noch das Konzept von Feindlichkeit reichen aus, um die spezifische Qualität der Dynamiken darzustellen, der als Muslime und Musliminnen gelesene Menschen ausgesetzt sind. Der Begriff des antimuslimischen Rassismus reflektiert dagegen all diese Dynamiken.

Misbah Khan, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Bibliografie:

Balibar, Étienne / Wallerstein, Immanuel 2019: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Argument Verlag mit Ariadne, Hamburg.

Bojadžijev, Manuela 2008: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Decker, Oliver/ Weißmann, Marliese/ Kiess; Johannes/ Brähler, Elmar 2010: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar 2012: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.



Demirović, Alex/ Bojadžijev, Manuela 2002: Konjunkturen des Rassismus. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Emcke, Carolin 2010: Der verdoppelte Hass der modernen Islamfeindlichkeit. S. 214–223 in Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 9. Suhrkamp, Berlin.

Friedrich/ Schultes 2013: Mediale Verbindungen – antimuslimische Effekte - Zu den gegenwärtigen Verschränkungen des Islamdiskurses. Journal für Psychologie. Jg.21 (2013) Ausgabe 1. Psychosozial-Verlag, Gießen.

Gümüşay, Kübra 2020: Sprache und Sein. Hanser Berlin, Berlin.

Kahlweiß, Luzie H./Salzborn, Samuel 2012: „Islamophobie“ als politischer Kampfbegriff. Zur konzeptionellen und empirischen Kritik des Islamophobiebegriffs. S. 248–263 in A. Pfahl-Traughber (Hg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl.

Pfahl-Traughber, Armin 2019: Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik. Ein Wegweiser durch den Begriffsdschungel in Dossier Rechtsextremismus von Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180774/islam-feindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffsdschungel. Letzter Zugriff: 29.03.2021.

Rommelspacher, Birgit 2009: Was ist eigentlich Rassismus. S.25-38 in Claus Melter/ Paul Mecheril, Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Wochenschau, Schwalbach.

Shooman, Yasemin 2015a: Was ist antimuslimischer Rassismus. S. 8-9 in Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Bayern. 04/ 2015, München.

Shooman, Yasemin 2015b: Einblick gewähren in die Welt der Muslime. ›Authentische Stimmen‹ und ›Kronzeugenschaft‹ in antimuslimischen Diskursen. 47- 58 in Iman Attia/ Swantje Kövsell/ Nivedita Prasad (Hg.), Dominanzkultur reloaded: Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren Wechselwirkungen. Transcript, Bielefeld.

Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Hövermann, Andreas 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Zick, Andreas/ Küpper Beate/ Berghan, Wilhelm 2019: Verlorene Mitte Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn.



4. Radikalisierung, Salafismus und die Rolle des Opfernarrativs

Von **Daniela Pisoiu**, Österreichisches Institut für Internationale Politik

Bei Radikalisierungsprozessen werden Ideen und Verhaltensweisen schrittweise übernommen, die eine grundlegende politische, soziale und kulturelle Veränderung anstreben. Die Bezeichnung „radikal“ kann auch Kompromisslosigkeit konnotieren, oder sich auf eine Einzelperson oder auf eine Bewegung oder Gruppe beziehen, die einen Anspruch auf eine absolute Wahrheit erhebt. Der Einsatz von Gewalt ist kein grundlegender Bestandteil der Radikalisierung, obwohl sich einige Definitionen oder Ansätze auf den Einsatz von Gewalt sowie auf Radikalisierungsprozesse konzentrieren, die zu Gewalt, insbesondere Terrorismus, führen. Historisch gesehen war Radikalisierung nicht immer in dem Ausmaß negativ konnotiert wie heute. Die frühere Verwendung des Begriffs „radikal“ bezog sich auf „positive“ Ursachen und Bewegungen, etwa solche, die sich für Menschenrechte und die Rechte der Frauen einsetzen.

In Bezug auf Extremismus und Terrorismus bezeichnet Radikalisierung einen schrittweisen Prozess, der hauptsächlich auf sozialpsychologischer Ebene stattfindet, wobei die Ideologie und zum Teil individuelle Eigenschaften auch eine Rolle spielen können. Radikalisierung erfolgt - trotz der Zunahme sogenannter „Einzeltäter“ (lone actors) – in der Regel innerhalb einer Gruppe sowie in Bezug auf eine größere Gruppe von Menschen, die als (vermutliche) Sympathisanten oder Unterstützer angesehen werden. Die Gruppe fungiert als Resonanzboden für immer radikalere Ideen und als positives Feedback für die individuelle Motivation. Darüber hinaus führen inhärente Merkmale von im Untergrund agierenden, isolierten Gruppen dazu, dass Meinungen und Verhaltensweisen extremer werden, häufig im Rahmen einer wechselseitigen, sich gegenseitig verstärkenden Verbundenheit zwischen den Mitgliedern. Die erweiterte Gruppe oder die (vermutlichen) Befürworter ist der Hauptbezugspunkt extremistischer und terroristischer Narrative. Üblicherweise konstruieren solche Gruppen ein Szenario der Selbstverteidigung, in dem ein Angreifer eine Gemeinschaft zu Unrecht unterdrückt. Infolgedessen besteht ihre Aufgabe darin, die Opfer mit allen erforderlichen Mitteln zu verteidigen, einschließlich der Anwendung von Gewalt. Das Opfernarrativ ist daher ein zentrales Element der gesamten extremistischen und terroristischen Propaganda. Zwischen den Befürwortern und der extremistischen bzw. terroristischen Gruppe befindet sich die Bewegung oder das Milieu. Dies setzt sich aus SympathisantInnen, UnterstützerInnen, der „Szene“ oder „Subkultur“ zusammen, die viele der wichtigsten extremistischen oder terroristischen Ideen teilen, üblicherweise ohne der Anwendung von Gewalt zuzustimmen. Zum Beispiel würden salafistische AnhängerInnen das Ideal eines islamischen Staates oder Kalifats zwar bejahen, doch ohne notwendigerweise mit allen konkreten Maßnahmen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) oder der zu diesem Zweck angewandten Gewalt einverstanden zu sein. Dies ist auch beim Opfernarrativ der Fall.

Das Milieu bzw. die Bewegung spielt eine zentrale Rolle bei der Entstehung und Aufrechterhaltung extremistischer und terroristischer Gruppen, da sie eine Ressource für Rekru-



turen darstellen und konkrete Unterstützung für diese Gruppen sowie eine partielle Bestätigung für Teile ihrer Propaganda bieten. Die Vergangenheit zeigt, dass terroristische Organisationen, wie zum Beispiel die RAF, aus solchen bestehenden Protestbewegungen oder Milieus hervorgingen. Im Fall des Dschihad-Terrorismus und des Salafismus erfolgte die Entwicklung jedoch vielmehr umgekehrt. Als der erste dschihadistische Terroranschlag auf deutschem Gebiet stattfand, war keine sichtbare salafistische Bewegung zu erkennen – die beiden so genannten „Kofferbomber“ radikalisierten sich an ihrem Herkunftsort in Libanon. Seitdem hat die salafistische Bewegung an Anhängerschaft sowie Relevanz zugenommen und alle anderen Arten islamistischer Bewegungen in Deutschland übertroffen. Ihre Popularität wird vor allem durch ihre globale Reichweite und ethnische Neutralität gestützt, die sie mit dem Dschihadismus teilt. Es ist unerheblich, welche ethnische Zugehörigkeit oder welchen Standort potenzielle Mitglieder haben könnten. Was zählt, ist die vollständige Einhaltung der ideologischen Vorschriften.

Der Salafismus ist die am schnellsten wachsende islamistische Strömung in Deutschland. Laut dem deutschen Verfassungsschutzbericht 2019 hat sich die Anzahl der AnhängerInnen seit 2011 verdreifacht. Im Jahr 2019 belief sich die Gesamtzahl islamistischer AnhängerInnen in Deutschland (inklusive salafistischen) auf insgesamt 28.020, im Jahr 2018 waren es 26.560. Dies bedeutet einen Zuwachs von insgesamt 1.460 bzw. 5,5% innerhalb eines Jahres. Betrachtet man ausschließlich die Anzahl der salafistischen AnhängerInnen, ist ein Zuwachs von 850 Personen bzw. 7,5% vom Jahr 2018 (insgesamt 11.300) auf das Jahr 2019 (insgesamt 12.150) zu verzeichnen.

Die Anziehungskraft, die der Salafismus auf seine AnhängerInnen ausübt, kann durch eine Reihe von Faktoren erläutert werden. Trotz des Ideals einer stark konservativen Gesellschaft sowie des Rückgriffs auf alte religiöse Schriften, gelingt es dem Salafismus, sich sowohl inhaltlich, als auch ästhetisch, als modern zu präsentieren. Ein weiterer zentraler Faktor ist der Aktivismus einzelner AkteurInnen (meist Personen, die als besonders charismatisch wahrgenommen werden), Organisationen und Gruppen, die attraktive Veranstaltungen und Inhalte sowohl online als auch offline organisieren. Diese AkteurInnen haben die Bedeutung von PR und Marketing auch für den militanten Bereich erkannt. Sie kennen und verstehen ihre Zielgruppe, deren Vorlieben und haben ihre Methoden entsprechend angepasst. Salafistische Produkte sind speziell für junge Menschen zugeschnitten und gehen auf ihre unmittelbaren und vielfältigen Sorgen ein. Wichtig ist, dass es ihnen trotz des religiös-konservativen Kerns ihrer Ideologie gelingt, Botschaften zu vermitteln, die sich häufig gegen bestehende kulturelle Normen stellen, die das Verhalten junger Menschen regeln. Diese Aktivitäten wären ohne finanzielle Unterstützer außerhalb Europas nicht möglich. So warnte etwa der niederländische „Nationale Koordinator für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit“ 2018 vor der Zunahme von Moscheen und Imamen mit salafistischem Hintergrund, die auf der Finanzierung der Moscheen durch die konservativen Ölstaaten Saudi-Arabien, Kuwait und Katar beruht. Auf eine paradoxe Art und Weise spricht der zeitgenössische Salafismus mit speziellen Themen und Networking-Möglichkeiten zu einem gewissen Grad auch Frauen erfolgreich an. Dabei wird wenig überraschend nicht eine Gleichheit gefördert, sondern eine Gleichwertigkeit, die sich auf scheinbar biologisch begründete Rechte und Pflichten bezieht. Die Zahl der Frauen in der salafistischen Szene in Deutschland wächst weiter an. 2019 waren 1.580 Frauen in der



Szene aktiv, im Jahr 2018 waren es 1.356, was einem Zuwachs von 16,5% innerhalb eines Jahres entspricht. Damit sind aktuell ca. 13% der bekannten salafistischen Anhängerschaft in Deutschland weiblich. Salafistische Frauen betreiben ihre eigenen Netzwerke, die auch den Onlinebereich einschließen, und sind in verschiedenen Bereichen sehr präsent, z.B. in der Betreuung von wegen Terrorismus inhaftierten Personen, der Rekrutierung anderer Frauen sowie in Lifestyle-Bereichen.

Das Opfernarrativ manifestiert sich in unterschiedlichen Variationen im salafistischen Diskurs: Zum einen durch das schon länger existierende Thema der Westen ist im Krieg gegen den Islam. Dieser Narrativstrang wurde von Osama bin Laden in seinen Kriegserklärungen an die Vereinigten Staaten, die als „far enemy“ identifiziert wurden, populär gemacht. Die verschiedenen nach dem 11. September eingeleiteten Kampagnen zur Terrorismusbekämpfung wurden außerdem instrumentalisiert, um die Fortsetzung dieses angeblichen Krieges zu veranschaulichen. Vor allem die Irak-Invasion im Jahr 2003 und ihre Folgen haben in dieser Argumentation - trotz der US-amerikanischen Bemühungen, „hearts and minds“ zu gewinnen – sehr gut funktioniert. Weitere historische Beispiele werden für die Verfestigung der Behauptung herangezogen, dass die Unterdrückung von MuslimInnen seit Jahrhunderten stattfindet. Die Kreuzzüge und der Kolonialismus sind typische Beispiele für diese angebliche Kontinuität, die bis in die Gegenwart reiche. Die Gräueltaten des IS und seine allumfassenden Offensivstrategien sowie der syrische Bürgerkrieg selbst haben die Argumentation erschwert, die von einer ständigen und einseitigen Aggression des Westens gegen MuslimInnen ausgeht. Um dieses Narrativ aufrechtzuerhalten, wurde auf westliche Angriffe auf den IS verwiesen, bei denen es zu zivilen Opfern gekommen ist, sowie eine angebliche Unterstützung des syrischen Machthabers Assad durch westliche Länder propagiert. Die Beteiligung der Russischen Föderation an dem Konflikt hat dieses Narrativ weiter angeheizt, da sie mit früheren, lokalen Widerstandsbewegungen wie etwa der Tschetschenen in Verbindung gebracht wurde. Die aktuelle Situation der IS-Gefangenen in syrischen Lagern, insbesondere von Frauen und Kindern, wird als ein weiterer Beleg für das ungerechte Leid der MuslimInnen herangezogen. Die Viktimisierung von MuslimInnen auf globaler Ebene durch einen identifizierten Angreifer - den Westen - bleibt ein starker Motivator und ein allgemeiner Rahmen für die Wahrnehmung der Weltpolitik. Dies trifft nicht nur für diejenigen zu, die sich für Gewalt entscheiden, sondern auch für die salafistische Bewegung und andere islamistische Bewegungen.

Ein weiteres einflussreiches Narrativ bezieht sich auf die Viktimisierung von MuslimInnen, die sowohl im Westen als geographischen Raum als auch durch den Westen als Akteur stattfindet. Dies erfolgt in Form von Diskriminierung, Ungleichbehandlung und Doppelmoral als Symptome eines grundlegenden Problems: MuslimInnen sind im Westen im Wesentlichen nicht erwünscht. Eine wiederkehrende Manifestation dieses Narratives bezieht sich auf diskriminierende Praktiken, Gewalt auf der Straße oder Verbote, die in Zusammenhang mit Verhüllungen wie Kopftuch, Hijab, Niqab und Burka stehen. Die Social-Media-Kampagne #NichtohneKopftuch im Jahr 2018 problematisierte diese Diskriminierung von muslimischen Frauen, die das Kopftuch im öffentlichen Raum (wie Schulen, Restaurants oder auf dem Arbeitsmarkt) tragen. Eine weitere Manifestation betrifft den Aspekt der Blasphemie und die Art und Weise, wie Medien und Regierungen



im Westen der Beleidigung des Propheten Mohammed Raum geben, während dieselben Standards nicht für wichtige westliche Symbole, wie die französische Flagge oder der französische Präsident, gelten.

Die Relevanz der salafistischen Narrative beschränkt sich nicht nur auf die Schaffung alternativer Weltbilder. Opfernarrative werden in der Regel von motivierenden Botschaften oder einem „Ruf zu den Waffen“ begleitet. Es wird vermittelt, dass dieses ungerechte Schicksal nicht akzeptiert werden muss, sondern dass es tatsächliche Handlungsoptionen gibt, um sich zu rächen oder zumindest um sich zu „schützen“. Der künstlich geschaffenen Trennung zwischen „Wir“ und „Sie“, die auf verschiedenste Art argumentiert wird, folgt der Rat, den „westlichen“ Weg nicht zu adaptieren und nicht mit diesem in Kontakt zu kommen. Darüber hinaus ist die Teilnahme an Demokratie und demokratischen Prozessen wie Wahlen aufgrund der Argumentation verboten, dass der „Islam“ in seiner Auslegung nicht damit vereinbar sei. Diese Isolation wäre jedoch nur vorübergehend, da kein wirklicher Frieden bzw. tatsächliche Erfüllung der idealen Gesellschaftsordnung erreicht werden könne, bis islamistische Regeln festgelegt seien. Im Gegensatz zum Dschihadismus wird nicht ausdrücklich für einen gewaltsamen Sturz der politischen Ordnung argumentiert.

Der gemeinsame Nenner dieser Narrative ist die Struktur „Wir“ gegen „Sie“, die die Gesellschaft in MuslimInnen und den Westen polarisiert und somit darauf abzielt, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung zu werden. Darüber hinaus kommt es zu einer Simplifizierung, da - ähnlich wie bei Verschwörungstheorien - komplexe Situationen in einen Konflikt übersetzt werden, der auf einer vereinfachten Begründung basiert: der Hass gegen oder die Angst vor MuslimInnen. Zur Anziehungskraft dieser simplen Erklärungen tragen einzelne Hinweise auf Belege bei, die den Anschein erwecken, das Gesamtnarrativ zu begründen. Denn während ein systematischer Gesamtplan zur Beseitigung oder Erniedrigung von MuslimInnen nicht objektiv nachgewiesen werden kann, sind einzelne Vorfälle von Diskriminierung und aggressiver Außenpolitik objektiv feststellbar und können dahingehend instrumentalisiert werden, um eine massivere oder sogar systematischere anti-muslimische Unterdrückung zu suggerieren.

Ein weiterer Faktor, der die Reichweite und Intensität der salafistischen und dschihadistischen Narrative stärkt, ist die Dynamik rechtsextremer Diskurse und Akteure. Rassistische Vorfälle unterstützen und begründen die Opfernarrative, was Racheaktionen in Form von Protestaktionen oder sogar Gewalttaten zur Folge hat. Dies wird von den äußersten Rechten instrumentalisiert, um ihre eigenen Opfernarrative von der angeblichen Unterdrückung durch muslimische EinwanderInnen zu illustrieren. Es werden terroristische oder kriminelle Gewaltakte von MuslimInnen hervorgehoben, um einen allgemeinen systematischen Trend zu suggerieren. Dies wiederum motiviert rechtsextreme Akteure zu Gewalttaten, was das Arsenal rassistischer Handlungen vergrößert. Die Diskussion um den Islamophobie-Begriff zeigt außerdem, wie sowohl salafistische als auch rechtsextreme Akteure Bedeutungen manipulieren und verdrehen, um ihre eigene Lesart der Dinge zu untermauern. Denn einerseits bezeichnen SalafistInnen Kritik an ihren konservativen bzw. anti-demokratischen Ideen als Islamophobie. Auf der anderen Seite argumentieren rechtsextreme Akteure, dass Islamophobie als solches ein Konstrukt sei, das den islami-



schen Fundamentalismus legitimieren soll, wodurch versucht wird, der kritischen Be-
anstandung von Islamophobie ein Ende zu setzen. Beide Akteure erweitern effektiv die
Bedeutung des Konzepts und blenden tatsächliche Manifestationen von Islamophobie¹
aus.

¹ Der Text "Islamophobie, Islamfeindlichkeit oder antimuslimischer Rassismus" befasst
sich ausführlich mit der aktuellen Begriffsdiskussion und insbesondere auch der be-
stehenden Kritik an der Verwendung des Begriffs Islamophobie.

Bibliographie:

Daniela Psoiu (2012) *Islamist Radicalisation in Europe. An Occupational Change Process*,
London/New York: Routledge.

Politik (2018) POLITIK: Finanzierung niederländischer Moscheen durch Saudi-Ara-
bien und Kuwait, [https://www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/aktuelles/ar-
chiv/2018/0426FinanzierungMoscheen.html](https://www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/aktuelles/archiv/2018/0426FinanzierungMoscheen.html).

Verfassungsschutzbericht (2019) [https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publi-
kationen/DE/2020/verfassungsschutzbericht-2019-startseitenmodul.pdf?__blob=publica-
tionFile&v=16](https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/2020/verfassungsschutzbericht-2019-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=16)

Andreas Zick, Fabian Srowig, Viktoria Roth, Daniela Psoiu und Katharina Seewald (2019)
Individuelle Faktoren der Radikalisierung zu Extremismus, Gewalt und Terror: Zur
Forschungslage. In Christopher Daase, Nicole Deitelhoff, Julian Junk (Hrsg.), *Gesellschaft
Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*, Frankfurt a.M.: Campus-Verlag.





5. Fatale Wechselwirkung – wie antimuslimischer Rassismus für islamistische Onlinepropaganda instrumentalisiert wird

Von **Heike Folz**, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Die Ausgangslage

Die Lebenswelt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist stark geprägt von der Nutzung und Verfügbarkeit unterschiedlichster sozialer Medien, sowie Zugängen zu digitalen Räumen. Eine Verschiebung hin zum Digitalen ist bereits seit einigen Jahren zu beobachten und wird beispielsweise regelmäßig in den Erhebungen der JIM-Studie („Jugend, Information, (Multi-) Media“ – Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, herausgegeben vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest mpfs) aufgegriffen.

Die weltweite Covid-19-Pandemie hat das Phänomen der Digitalisierung noch stärker und vor allem schneller vorangetrieben. Der Begriff der sogenannten „Digital Natives“ geistert jedoch schon seit langem durch die Fachwelt und bezeichnet Menschen, die mit einem bestimmten Maß an Digitalisierung aufwachsen und den Umgang damit als selbstverständlich wahrnehmen. Diese Selbstverständlichkeit wird jedoch immer wieder missinterpretiert als vorhandene, regelrecht „angeborene“ Medienkompetenz. Hier liegt jedoch ein Trugschluss vor: Die Entwicklung und Förderung von Medienkompetenz ist bei weitem nicht auf demselben Niveau wie die Entwicklung der Digitalisierung und der damit einhergehenden Anforderungen.

Dies ist im Kontext der Pandemie noch einmal sehr viel deutlicher geworden. Neuere Erhebungen haben gezeigt, dass sich viele Jugendliche und junge Erwachsene wünschen, dass dem Umgang mit Medien sowie der Förderung von Medienkritikfähigkeit und Medienkompetenz mehr Aufmerksamkeit gewidmet und mehr Struktur gegeben wird. Notwendig wäre zum Beispiel eine feste Verankerung im Lehrplan.

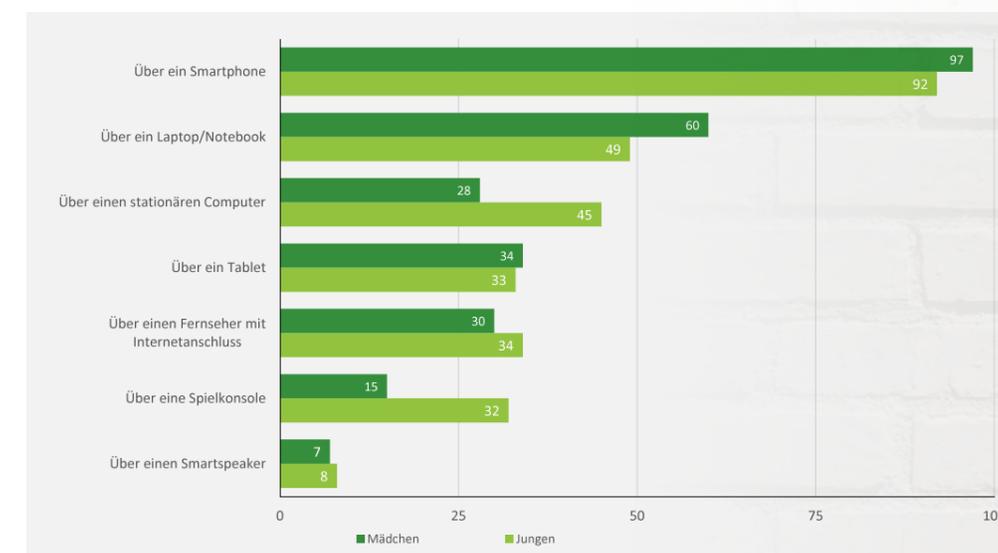
Jugendliche und junge Erwachsene gestalten ihre Freizeit und Kommunikation schon lange nicht mehr nur analog: Mit Blick auf die aktuellen Erhebungen der JIM-Studie 2020 verfügt fast jeder Haushalt in Deutschland über mindestens ein Gerät, das einen Zugang zur digitalen Welt ermöglicht. Mobile Geräte wie Handys oder Laptops sind hinsichtlich Verfügbarkeit und Nutzung zur alltäglichen Normalität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen geworden. Die konkrete Nutzung gestaltet sich je nach Alter zwar unterschiedlich, aber grundsätzlich kann man sagen, dass sowohl WhatsApp, Telegram, YouTube, Instagram und TikTok sehr starken (und weiter zunehmenden) Zulauf haben (vgl. JIM-Studie 2020).

Smartphone, Internet und Musik stehen bei der täglichen Mediennutzung an erster Stelle. Und gerade in Zeiten der Pandemie und mangelnder Alternativen erhöht sich die Nutzungshäufigkeit dieses Mediums signifikant. Dabei spielen Kommunikation und Unterhaltung die größte Rolle.

Die Zugangsmöglichkeiten zu Informationen erhöhen sich. Man hat eine Frage zu einem konkreten Thema? Das Telefon wird gezückt und Google befragt oder in YouTube nach einem entsprechenden Video gesucht. Fragestellungen können in WhatsApp- oder Telegram-Gruppen platziert werden, um die „Schwarmintelligenz“ heranzuziehen. Die Wege, sich Informationen zu beschaffen, sowie auch die Menge an Informationen zu einem Thema erhöhen sich signifikant, was jedoch nicht mit einer zuverlässigen Qualität einhergeht. Ein weiterer Effekt zunehmender Digitalisierung: Jugendliche und junge Erwachsene, die in infrastrukturell schlecht ausgestatteten Regionen leben, haben auf diesem Weg die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Das Internet macht eine räumliche Nähe nahezu überflüssig - mit allen Vor- und Nachteilen.



Wege der Internetnutzung 2020
- in den letzten 14 Tagen -



Quelle: JIM 2020, Angaben in Prozent, Basis: Befragte, die mind. alle 14 Tage ins Internet gehen, n=1.198

Virtuelle Räume sollten (müssen) mittlerweile als gleichwertige soziale Räume verstanden werden, in denen sich Jugendliche und junge Erwachsene aufhalten und in welchen relevante Identitätsbildungsprozesse stattfinden. Sie haben hier die Möglichkeit „Probe-Identitäten“ zu erschaffen, sich zu präsentieren und auszutesten. Virtuelle Communities entstehen, in denen Austausch und Vernetzung stattfindet, und die in fast jeder Hinsicht einen gleichwertigen Stellenwert zu analogen Communities erreichen können. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass diese „neuen Räume“ sehr viel weniger Kontrolle von außen unterliegen. Eltern wissen zwar in der Regel, dass ihre Kinder digital unterwegs sind, können dabei aber häufig nichts darüber sagen, in welchem digitalen Kontext diese sich bewegen oder welchen konkreten Inhalten oder Personen sie dort begegnen. Eltern können also allzu oft keine Einschätzung über die Qualität dieser Kontakte oder Inhalte vornehmen. Natürlich müssen wir uns nichts vormachen: Der Einflussbereich von Eltern (oder Fachkräften) hat natürlicherweise auch im analogen Bereich und vor allen Dingen





mit zunehmendem Alter einen immer kleineren Radius, dennoch ist hier zumindest eine etwas höhere Sichtbarkeit gegeben, so dass ein verändertes oder auch bereits auffälliges Verhalten frühzeitiger wahrgenommen werden kann. Die Möglichkeit potentielle Warnzeichen für eine Radikalisierung zu erkennen ist hier also durchaus noch eher gegeben als in einem auf seine Weise geschlossenerem digitalen Raum.

Insbesondere extremistische Akteure aller Spektren wissen sich diese Entwicklung hingegen sehr gut zunutze zu machen und agieren deshalb entsprechend aktiv und erfolgreich im digitalen Raum. Sehr gut verstehen sich beispielsweise islamistisch-extremistische Gruppierungen darauf, das Gefühl einer Gemeinschaft im digitalen Setting aufzubauen, den im Islam geläufigen Begriff der Umma (=Gemeinschaft der Gläubigen) so für sich einzusetzen und umzudeuten.

Der Begriff Umma bezeichnet ganz allgemein die (internationale) Gemeinschaft der Muslime, im engeren Verständnis die religiös fundierte Gemeinschaft der Muslime. Zur Zeit des Propheten „Muhammad“ und der ersten Kalifen wird sie noch als weitgehend einig beschrieben, sowohl im religiösen als auch politischem Sinne, später hat sie sich allerdings in politischer Hinsicht in verschiedene Staaten und in religiöser Hinsicht in verschiedene Bekenntnisse (Schiiten, Sunniten) aufgespalten. Die Wiederherstellung der Umma in ihrer ursprünglichen Form wird gegenwärtig von vielen Muslimen als wichtiges Ziel angesehen (vgl. umma).

Dabei stellt sich nicht die Umma, das Gemeinschaftsgefühl als solches, oder die Erfahrung der Zugehörigkeit zu einer Gruppe als konkretes Problem dar. Problematisch ist, dass diese Zugehörigkeit nicht primär einen Selbstzweck hat, sondern von Extremisten ideologisch unterfüttert und in diesem Sinne genutzt wird. Die Umma wird unter das typisch extremistische dichotome Weltbild untergeordnet und dient der Verstärkung eines „Wir-gegen-die“-Gefühls. Eine eigentlich harmlose Begrifflichkeit wird verzerrt.

In Foren aller Art finden sich Menschen zusammen, um sich über konkrete Themen auszutauschen. Dies bietet auf der einen Seite die Möglichkeit von „Safe Spaces“, unabhängig von räumlichen Begrenzungen. Gleichzeitig verstärkt sich jedoch auch das Phänomen von Filterblasen und Echokammern immer weiter, welche eine zunehmende Monotonisierung von Meinungen bis hin zu Radikalität befördern können.

Safe Spaces: Der englische Begriff bedeutet sicherer Raum, und bezeichnet konkrete Orte, sowohl im analogen, als auch digitalen Raum (in Form von Chatgruppen, oder Foren, Facebook-Gruppen oder ähnlichem), die für Personen geschaffen wurden, die sich an anderer Stelle ausgegrenzt fühlen aufgrund bestimmter Eigenschaften wie Religion, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, uvm. „Safe Spaces“ dienen dazu, dass die Betroffenen diese konkreten Ausgrenzungserfahrungen sicher kommunizieren können, in einem Umfeld, in dem sie keine Diskriminierungen erwarten müssen.



Blickt man zurück auf einige der Attentate in den vergangenen Jahren, sowohl mit rassistischen, antisemitischen oder islamistischen Hintergründen, findet sich immer wieder das Phänomen des „Lone Wolf“ („einsamer Wolf“, manchmal auch „Lone Actor“), des scheinbaren Einzeltäters, der vordergründig zwar nicht an eine konkrete Gruppierung angebunden sein mag, seine ideologische Haltung jedoch durchaus im Austausch mit anderen im weiten Raum des Netzes erworben haben kann, in jedem Falle aber weiter verstärkt hat. Einige dieser Einzeltäter und Einzeltäterinnen haben ihr ideologisches Gedankengut gar in Form von Manifesten, Schriften oder zumindest durch Beiträge im Internet öffentlich und somit für weitere Folgende zugänglich gemacht.

Der Ansatz extremistischer Gruppierungen hat sich im Laufe der Zeit den Gegebenheiten des digitalen Raumes angepasst. War es in frühen Zeiten noch einfacher möglich, explizite und ideologisch gefärbte Inhalte auf Plattformen oder in Gruppen (bei Facebook, WhatsApp oder anderen Messenger Diensten) zu platzieren (beispielsweise Folter- oder Tötungsvideos des Islamischen Staates), hat sich dies mittlerweile stark verändert. Extremistische, strafrechtlich relevante oder gefährdende Inhalte werden zunehmend gemeldet, gelöscht, die Urheber geblockt, im Bereich strafrechtlich relevanter Inhalte mittlerweile auch entsprechend gemeldet und belangt.

Das hat einerseits den Effekt begünstigt, dass sehr explizite extremistische Inhalte nicht mehr ganz so einfach für jedermann und -frau zu finden sind. Andererseits hat es den Effekt, dass extremistische Gruppierungen nun verstärkt auf geschlossene Plattformen oder Medien ausweichen (Telegram sei hier als ein aktuelles prominentes Beispiel genannt.). Inhalte sind nun insgesamt subtiler in ihrer ideologischen Einfärbung und häufig zunächst gar nicht in ein bestimmtes extremistisches Spektrum einzuordnen, da sie sich mit aktuellen und anknüpfungsfähigen Themen befassen. Dies hat zur Folge, dass eine wesentlich breitere Zielgruppe erreicht werden kann, und insbesondere auch Jugendliche und junge Erwachsene, die bislang wahrscheinlich noch keine Berührungspunkte mit extremistischen Ideologien hatten, nun aber über sogenannte Türöffner Themen wie beispielsweise erlebtem antimuslimischen Rassismus oder Ausgrenzungserfahrungen in einem entsprechenden Dunstkreis landen können.

Das Erfolgsrezept // Inhalte und Erfolgsfaktoren // Welche Narrative werden aufgegriffen?

Die herrschenden Propaganda-Strategien im Netz sind klug aufgebaut: man orientiert sich am Phänomen erfolgreicher Influencerinnen und Influencer, um per Blog, YouTube oder Instagram die Zielgruppe zu erreichen.

Hier spielen unterschiedliche Aspekte eine Rolle für den Erfolg einer Botschaft. Inhalte werden auf verständliche Art und Weise kurz und prägnant formuliert und transportiert. Die Sprache ist bewusst jugendtypisch und auf Augenhöhe gewählt. Memes oder Hashtags sind hierfür gute Beispiele. Die Beiträge und Postings greifen dabei brandaktuelle und emotional belegte Themen junger Menschen auf. Sie befassen sich beispielsweise mit aktuellen (welt-)politischen Ereignissen, Anschlägen, politischen Entscheidungen, dem Umgang mit bestimmten Bevölkerungsgruppen (z.B. Uiguren in China). Ebenso nehmen sie aber auch Themen des persönlichen Nahraums auf, wie die gesellschaftspolitische Debatte zum Tragen des Kopftuches, alte und neue Rollenbilder oder



Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen, bis hin zum individuellen Erleben von strukturellem Rassismus und Alltagsrassismus. Durchweg Themen, die junge Menschen beschäftigen und für die sie möglicherweise an anderer Stelle kein Gehör finden.

Ein gutes Timing für die Platzierung eines Beitrages oder einer bestimmten Botschaft unterstützt den Effekt der Anschlussfähigkeit: Aktuelle Ereignisse werden aufgegriffen, um eine bestimmte Botschaft zu vermitteln, zu verstärken oder das Ereignis in einer bestimmten Art einzufärben. Extremistische Gruppierungen (aus unterschiedlichen ideologischen Richtungen) nutzen medienwirksame und hochemotionale aktuelle Ereignisse geschickt für sich selbst: Anschläge wie beispielsweise in Hanau oder Halle, der Rücktritt Mesut Özils aus der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, die immer wieder aufflammende „Kopftuch-Debatte“. Geschickt insofern, da Ereignisse nicht verfälscht oder gar erfunden werden. Wir sprechen also nicht über Verschwörungsmythen im klassischen Sinne, vielmehr werden Tatsachen auf eine Art und Weise umgedeutet oder verstärkt, dass sie an die extremistische Ideologie über Emotion, eigene Erfahrungen, sowie über eine extrem starke Solidarisierung mit der betroffenen Gruppe anschlussfähig werden. Betrachtet man beispielsweise den rassistisch motivierten Anschlag in Hanau, werden hier verschiedene Narrative von bestimmten Gruppierungen aufgerufen und systematisch instrumentalisiert: antimuslimischer Rassismus, Muslime als Opfer des Westens, „Wir-gegen-Die“. Ein dichotomes Weltbild wird proklamiert und für die eigenen Zwecke entsprechend in Szene gesetzt. Die aufgerufenen Narrative sind dabei real. Antimuslimischer Rassismus existiert und ist ein offensichtliches Problem. Muslime und Musliminnen wurden und werden zu Opfern und es gibt offensichtlich Aus- und Abgrenzungstendenzen in unserer Gesellschaft. Diese Narrative werden jedoch bewusst weiter emotional aufgeladen und mit islamistischen Ideologien unterfüttert mit dem Ziel, gerade nicht eine positive Veränderung im Sinne eine Annäherung oder Klärung zu erreichen, sondern um vielmehr Hass und Spaltung zu verstärken. Konkret findet sich dies beispielsweise in der Betonung einer Unvereinbarkeit von islamischer Gesellschaft und Demokratie in salafistischen Deutungsmustern. Ein starkes „Wir-gegen-Die“ spricht insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene im Sinne einer Solidarisierung an.

Eine Tatsache ist auch, dass die Beiträge, Postings und Videos es hervorragend schaffen, den Anschein von Nähe und Authentizität bei den Adressatinnen und Adressaten zu erwecken, das Gefühl von Verständnis und Allianz erzeugen und damit Vertrauen in den Wahrheitsgehalt der transportierten Botschaften bei den Konsumentinnen und Konsumenten herstellen. Dies bezeichnet man als parasoziale Beziehungen.

Immer wieder werden reale prominente Persönlichkeiten genutzt, um einem Thema eine größere Aufmerksamkeit und damit Reichweite zu verschaffen (z.B. Özil). Dabei geht es nicht darum, eine prominente oder reichweitenstarke Person tatsächlich für ein Thema zu gewinnen, sondern lediglich den Namen zu verlinken, oder einen entsprechenden Hashtag zu erzeugen.

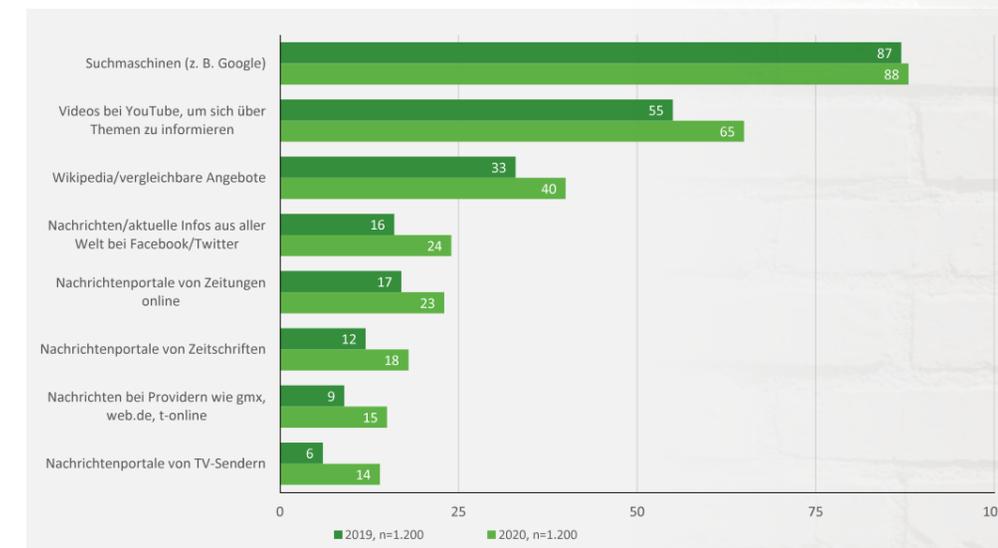
Über Beiträge, die tatsächlich meist unproblematische Themen oder typische Problemstellungen der Adoleszenz behandeln, gelangen Jugendliche dann über Algorithmen weiter hinein in eine sogenannte Filterblase oder auch in die Peripherie von YouTube, mit der sich die Kolleginnen und Kollegen von modus ZAD sehr ausführlich befasst haben.

Das Wechselspiel // Wechselwirkungen (Beispiele)

Warum funktioniert nun also gerade Onlinepropaganda auch und gerade von Islamisten so hervorragend? Auf digitalen Plattformen und in sozialen Medien geht es primär darum Geschichten zu erzählen. Mit Hilfe von Bildern, Videos, Texten und Musik werden diese jedem und jeder, der sie sich anschauen möchte, vermittelt. Geschichten sind per se auf die ein oder andere Art anschlussfähig: Man identifiziert sich damit oder grenzt sich davon ab; sie rufen Gefühle hervor und transportieren diese weiter. Erfahrungsgemäß stellt es sich so dar, dass je emotionaler ein Thema besetzt ist, desto größer ist die mögliche Reichweite und damit die Zielgruppe, die erreicht wird. Junge Menschen sind hier nahezu der ideale Adressatenkreis. Ihre spezifische Lebens- und Gefühlswelt wird aufgegriffen, Erfahrungen erhalten nicht nur eine Bestätigung, sondern können nun auch in einen größeren Kontext eingeordnet werden.



Tätigkeiten im Internet - Schwerpunkt: Information 2020 – Vergleich 2019
- täglich/mehrmals pro Woche -



Quelle: JIM 2019, JIM 2020, Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten

Antimuslimischer Rassismus ist ein Phänomen, das in starkem Maße im Internet Verbreitung findet, was sich recht deutlich am Beispiel des rassistisch motivierten Anschlags in Hanau 2020 gezeigt hat:

Das „Propaganda-Spiel“ ist dabei vergleichbar mit einer Partie Tennis. Dieser Vergleich wirkt zunächst etwas zynisch, verdeutlicht aber recht gut die Wirkungsmechanismen und sei deshalb verziehen. Der Ball in Form eines konkreten Ereignisses oder Phänomens wird hierbei von den Spielenden, beispielsweise rechtsextremen und salafistischen Gruppierungen, kontinuierlich hin und her gespielt, dabei immer mit dem Ziel, den Ball schwungvoller, eleganter, höher oder weiter in das andere Spielfeld zu bringen. Übersetzt bedeutet das: Ein Ereignis oder Phänomen im eigenen ideologischen Sinne zu instru-





mentalisieren und den Gegenspieler oder die Gegenspielerin als solche zu markieren und ein klares Feindbild zu erstellen.

Anders als beim Tennis gibt es jedoch keine Punkte dafür, wenn der Ball ins Aus geht. Genau genommen gibt es auch kein Aus oder einen Schiedsrichter. Im „Propaganda-Spiel“ geht es vielmehr darum, den Ball auf jeden Fall im Spiel zu halten, um die eigene Position zu stärken, sich über den Gegenspieler oder die Gegenspielerin zu stellen. Das Spiel muss spannend und nachvollziehbar sein, um gerade auch die Fans am Spielfeldrand, die es aufmerksam verfolgen, bei der Stange zu halten.

Darstellungen und Äußerungen im Internet, die antimuslimischen Rassismus wiedergeben, beispielsweise in Form von Memes oder Kampagnen (#nichtohneinkopftuch), veranschaulichen das „Propaganda-Spiel“. Konkrete Darstellungen oder Äußerungen werden gerne von rechtsextremer (Netz-)Propaganda aufgegriffen und verstärkt. Dies wiederum führt dazu, dass salafistische Gruppierungen diese aufgreifen und für ihre eigene Propagandastrategie instrumentalisieren, was dann wiederum von der Gegenseite aufgegriffen werden kann – und so geht es immer weiter (Sarrazin, „Islamisierung“, „Umvolkung“ und noch viele Beispiele mehr).

Und irgendwo dazwischen finden sich dann Fachkräfte, Lehrerinnen und Lehrer, Aktivistinnen und Aktivistinnen, Eltern, Jugendliche, eine Vielzahl an Personen, deren Interesse oder Ziel es ist, ohne ideologische Grundlage im Themenbereich auf Missstände aufmerksam und Themen offen zu machen, sowie betroffenen Menschen Gehör zu verschaffen und eine Plattform zu geben. In ihrer Grundaussage unproblematische oder relevante Themen und Aufrufe werden z.B. in bester, oben beschriebener Absicht, über Hashtags oder in Instagram-Stories geteilt, ohne darauf zu achten – oder es vielleicht auch erkennen zu können – dass diese bereits ideologisch eingefärbt wurden, oder der Urheber einer problematischen, weil in irgendeiner Art und Weise extremistischen Gruppierung zuzuordnen ist. Ein Paradebeispiel hierfür ist der Hashtag #nichtohneinkopftuch (vgl. #nichtohneinkopftuch).

Mögliche Gegenstrategien online und offline

Um das andauernde „Propaganda-Spiel“ zu durchschauen und zu stören, ihm mindestens nicht hilflos ausgeliefert zu sein, können unterschiedliche Gegenstrategien herangezogen werden.

Hierbei sind sowohl analoge als auch digitale Vorgehensweisen sehr wirkmächtig und können insgesamt nicht ohneeinander gedacht werden.

Eine Reihe von Online-Projekten beschäftigen sich beispielsweise mit der Prävention von Salafismus und betreiben auf ihre individuelle Art und Weise Aufklärungsarbeit. Dabei schaffen sie thematischen Inhalt („Content“) und bilden Gegenstimmen zu kursierenden problematischen Inhalten, können darüber hinaus aber auch als Anregung und Anleitung für Fachkräfte dienen, eigene Wirkmechanismen aufzubauen.



Hierzu zählen beispielsweise:

- „Bildmachen“ von ufuq.de
- „Extreme Dialogue“ von Cultures Interactive
- Die Datteltäter
- Die Videoreihe „Jamal Al-Khatib – mein Weg“
- Die Videoreihe „Begriffswelten Islam“ der bpb

Neben der präventiv ausgerichteten Aufklärungsarbeit kommen im digitalen Raum vor allem auch der Reaktion und Intervention eine große Bedeutung zu. Online-Streetwork stellt sich hier immer besser auf, um problematischen Inhalten sowie den dafür Verantwortlichen adäquat begegnen zu können. Das Kommentieren von Beiträgen, die konkrete Ansprache einzelner oder in einem Chat, das Teilen von Inhalten, Gegenrede, Präsenz in relevanten Gruppen, das aktive Stören von Netzwerken, aber auch das Melden von Inhalten bis hin zu Anzeigen in strafrechtlich relevanten Fällen spielen hier eine große Rolle. Wohl bekanntester Akteur in diesem Bereich ist jugendschutz.net., die unter anderem auch ein umfassendes Monitoring hinsichtlich problematischer Inhalte und Akteure betreiben (vgl. jugendschutz.net).

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, nur auf den digitalen Bereich zu schauen, oder sich darauf zu beschränken problematische Inhalte zu entfernen, zu löschen, eben nur auf eine Verbots- oder Nicht-Zugangs-Strategie zu setzen. Vielmehr ist es ausschlaggebend, dass Jugendliche und junge Erwachsene lernen mit den Inhalten, die ihnen begegnen können, umzugehen, sie einzuordnen und eine grundsätzliche Handlungsfähigkeit in diesem Kontext entwickeln zu können. Dem Ausbau von Angeboten im Bereich der Förderung von genereller Medienkompetenz, sowie Medienkritikfähigkeit kommt eine große Bedeutung zu. Hierzu zählt beispielsweise auch das Wissen darum, problematische Inhalte erkennen und benennen zu können, zu wissen, welche Ansprechpartnerinnen und -partner hinzugezogen werden können und was überhaupt erlaubt ist und was nicht.

Ein Faktor der weder übersehen noch vernachlässigt werden sollte bezieht sich weniger auf die theoretischen Strukturen oder ein vorhandenes konkretes Wissen. Denn was die Geschichten im Netz letztlich so anschlussfähig für Jugendliche und junge Erwachsene macht, ist ihr emotionaler Faktor. Sie sprechen Bedürfnisse und Bedarfe an, die eine hohe Relevanz aufweisen und die offensichtlich aus einer subjektiven Sicht heraus an anderer Stelle nicht gedeckt werden. Es erscheint also nicht nur sinnvoll, sondern dringend notwendig genau diesen Aspekt genauer unter die Lupe zu nehmen und ihm mehr Raum zu geben – letztlich den Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst mehr Raum zu geben, um ihre Themen anbringen zu können, sowie ihnen Sichtbarkeit und Gehör zu verschaffen. Dies kann konkret über einen Empowerment-Ansatz (vgl. „Bildmachen“) erreicht werden.

Darüber hinaus ist es jedoch auch notwendig, dass das soziale Umfeld von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Familie, sozialer Nahraum, Fachkräfte innerhalb und außerhalb der Schule, aber eben auch die Kommunen und letztlich die Politik die Bedarfe und Belange dieser Bevölkerungsgruppe nicht ignoriert oder abtut. Denn sie sind relevant. Und wenn wir als Gesellschaft hier keine Plattform anbieten, dann tun das gerade jene Kräfte, die ein Interesse daran haben, diese demokratische Gesellschaft zu stören oder abzuschaffen.



Quellen:

Baaken, Till / Dr. Hartwig, Friedhelm / Meyer, Matthias: modus|insight - Die Peripherie des Extremismus auf YouTube. Online im Internet: https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2020/03/modus_insight_Die_Peripherie_Des_Extremismus_auf_YouTube2020.pdf

Baaken, Till / Dr. Hartwig, Friedhelm: „Aktuelle Begriffe, Akteure und Trends salafistischer (Online-) Diskurse“ -Eine Handreichung für Praktiker*innen der Radikalisierungsprävention. Online im Internet: https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2020/03/modus_manual_ABAT.pdf

„Bildmachen“, <https://www.ufuq.de>

Bundeskriminalamt (Hrsg.): Handreichung CONTRA: Extremismus im Internet – Drei Lernarrangements zur Förderung von Medienkritikfähigkeit im Umgang mit Internetpropaganda in der Schule: Online im Internet: <https://www.project-contra.org/Contra/DE/Handreichung/190215HandreichungContraDE.html?nn=61448>

Ebner, Julia: Wut. Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen. Theiss Verlag. Darmstadt 2018.

„JIM-Studie 2020“, <https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2020/>

Jugendschutz.net: Islamismus im Netz: Bericht 2019 2020. Online im Internet: https://www.jugendschutz.net/fileadmin/download/pdf/Bericht_2019_2020_Islamismus_im_Netz.pdf

Jugendschutz.net, Klicksafe.de (Hrsg.): Salafismus Online. Propagandastrategien erkennen – Manipulation entgehen. 2018.

„#nichtohneinkopftuch“ <https://www.hass-im-netz.info/themen/artikel/praxisinfo-nichtohneinkopftuch.html>

„Umma“, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/islam-lexikon/21714/umma>

Neumann, Peter / Winter, Charlie / Meleagrou-Hitchens, Alexander / Ranstorp, Magnus / Vidino, Lorenzo: Die Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung. PRIF Report 10/2018.





6. Mit Memes gegen Islamismus?¹

Von **Canan Korucu**, ufuq.de

Soziale Medien gewinnen als Ort der (politischen) Sozialisation von Jugendlichen immer mehr an Bedeutung. In der alltäglichen Mediennutzung stoßen Jugendliche zwangsläufig auf Hate Speech, Fake News, Verschwörungstheorien, rechtsextremistische sowie islamistische Inhalte. Umso wichtiger sind pädagogische Angebote, die für diese Phänomene sensibilisieren, aber auch Medienkompetenzen stärken. Präventionsarbeit beschränkt sich aber nicht darauf, Inhalte zu vermitteln und Kompetenzen von Jugendlichen zu fördern, sondern steht und fällt mit einer anerkennenden und reflektierten pädagogischen Haltung. Gleichzeitig bewegt sich universelle Islamismusprävention in einem Spannungsfeld. Sie wendet sich zwar an alle Jugendlichen mit dem Ziel der politischen Bildungsarbeit, aber gibt den Rahmen im Bereich der universellen Islamismusprävention vor. Damit läuft die politische Bildungsarbeit Gefahr, das Bild des „gefährlichen Muslims“ zu festigen.

Auch für unser Projekt *bildmachen* stellten wir uns die Frage, wie sich Stigmatisierungen von (vermeintlich) muslimischen Jugendlichen als „potenziell gefährdet“ oder sogar als „Gefährder“ vermeiden lassen? Wie können wir lebensweltorientierte und zugleich gegenstandsbezogene Ansätze entwickeln, die nicht stigmatisierend sind? Letztendlich haben wir uns entschieden, uns mit den Wechselwirkungen von Diskriminierung und Rassismus mit islamistischen Positionierungen, die bei Jugendlichen Zuspruch finden können, auseinanderzusetzen. Islamistische Inhalte beschränken sich nicht auf Gewaltverherrlichungen oder explizite Aufrufe zu Gewalt. Die meisten Beiträge aus diesem Spektrum sind strafrechtlich nicht relevant. Vielmehr handelt es sich um abwertende, demokratiefeindliche und antipluralistische Positionen, in denen aktuelle Themen mit direkten Bezügen zu jugendlichen Lebenswelten aufgegriffen werden. In der universellen Islamismusprävention geht es vor allem um die Auseinandersetzung mit genau diesen islamistischen Eindeutigkeitsangeboten und rigiden Gemeinschaftsvorstellungen („Wir Muslime“ versus „Ihr Nichtmuslime“), die sich vielfach in Antipluralismus, Abwertungen von anderen und absoluten Wahrheitsansprüchen äußern. Dabei setzen islamistische Inhalte häufig an realen Erfahrungen von Diskriminierung, Rassismus und Ungerechtigkeit an. In der Regel sind nicht die Fragen problematisch, die Islamist_innen aufgreifen, sondern die Antworten, die sie geben. In der pädagogischen Arbeit geht es daher vor allem darum, Räume zu schaffen, in denen diese Themen zur Sprache kommen und alternative Antworten entwickelt werden können.

Politische Medienbildung für junge Menschen

Methodisch haben wir uns für die medienpädagogische Arbeit mit Memes entschieden. Die aktive Medienarbeit mit Memes bietet die Chance, mit Diskriminierungs- Rassismus- und Marginalisierungserfahrungen umzugehen und den Gesprächsbedarf in der Gruppe zu klären. So erhalten die Jugendlichen die Möglichkeit, verschiedene Perspektiven zu



erproben und sich zu positionieren und können damit die Themen, die für sie relevant sind, setzen. In der konkreten Arbeit hat dies oft zur Folge, dass zunächst Themen angesprochen werden, bei denen ein Zusammenhang mit dem Phänomen des Islamismus nicht sofort ersichtlich ist. Für den Zugang zu Jugendlichen sind solche „Umwege“ aber wichtig: Ein Workshop, der mit einem Input über die Hintergründe des Islamismus oder über salafistische Ansprachen beginnt, ist fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt.

Islamismus

Islamistische Inhalte sind in Sozialen Medien weit verbreitet. Nur selten handelt es sich dabei um Propaganda, die von terroristischen Organisationen verbreitet wird. Viel häufiger sind Botschaften, in denen islamistische Welterklärungen (sogenannte „Narrative“) wiedergegeben und – bewusst oder unbewusst – von Nutzer_innen verbreitet werden. In diesen Botschaften wird in der Regel nicht zu Gewalt aufgerufen oder Gewalt verherrlicht, vielmehr handelt es sich um abwertende, demokratiefeindliche und antipluralistische Positionen. Dabei werden aktuelle Themen aufgegriffen und direkte Bezüge zu jugendlichen Lebenswelten hergestellt.

Die eigentlichen Themen reichen dabei von Geschlechterrollen und religiöser Alltagspraxis über internationale Konflikte und soziale Ungerechtigkeit bis hin zu Rassismus und Diskriminierung. Problematisch an diesen Beiträgen sind dabei selten die Themen selbst, sondern die einfachen Antworten, mit denen Feindbilder und Opfernarrative verstärkt werden.

Ein Merkmal extremistischer Ideologien ist das Angebot von Eindeutigkeit und das Fehlen von Ambiguitäten und Widersprüchen. In einer solchen Wahrnehmung lassen sich alle Ereignisse und Handlungen in „gut“ und „böse“ oder „richtig“ und „falsch“ unterscheiden. Grauzonen sind hier ebenso wenig denkbar wie Multiperspektivität und subjektive Orientierungen. Dies spiegelt sich auch in den Gemeinschaftsvorstellungen wider, die von islamistischen Akteur_innen vertreten werden. Auch hier läuft die Ideologie auf eine eindeutige Grenzziehung zwischen zwei vermeintlich homogenen Gemeinschaften hinaus („Wir Muslime“ versus „Die Nichtmuslime“). Identität ist hier eindimensional, eine Person ist entweder muslimisch oder nicht, andere Facetten der Identität wie Interessen oder soziale Lage spielen eine untergeordnete Rolle. Damit verbindet sich in aller Regel eine Abwertung von anderen mit dem Anspruch auf Normierung und Dominanz: Die eigene Gruppe ist nicht nur anders, sondern besser und steht damit für Wahrheit, Reinheit und Authentizität. Ein solches Gemeinschaftsverständnis wendet sich ausdrücklich gegen jegliche Formen von Pluralismus und befördert eine Polarisierung zwischen Eigen- und Fremdgruppe, die bis zur offenen Konfrontation führen kann. Islamistische Gruppen vertreten diese Dominanz- und Normierungsansprüche auch gegenüber Muslim_innen, die einer anderen Auslegung bzw. ihrer eigenen Auslegung des Islams folgen.

Während die islamistische Orientierung in salafistischen Online-Predigten eines Ahmad Abul Baraa oder Pierre Vogel durch das äußerliche Auftreten und die missionarische Sprache für Jugendliche schneller erkennbar ist, sind die ideologischen Hintergründe in



den Angeboten anderer Akteur_innen nicht immer sofort ersichtlich. So knüpfen die Video- und Bildformate von „Realität Islam“ an gesellschaftliche Diskurse und lebensweltliche Stile an. Sie sind häufig speziell an eine jugendliche Zielgruppe adressiert und niedrigschwellig. So erreichen sie ein (jugendliches) Publikum, das weit über den eigentlichen Kreis ihrer Anhänger_innen hinaus geht.



Auf den Social Media-Seiten wie jenen von „Generation Islam“ oder von „Realität Islam“ finden sich häufig Aussagen von Wissenschaftler_innen und Menschenrechtsaktivist_innen, die aus einer solidarischen Perspektive auf (antimuslimischen) Rassismus oder die Auswirkungen von Kolonialismus aufmerksam machen – und die hier als Bestätigung für die eigene Weltsicht herangezogen werden.² Ergänzt werden diese Inhalte mit religiösen Botschaften, die als (einzige) Antwort auf diese Ungerechtigkeiten zu verstehen sind. Dabei verknüpfen diese Initiativen sehr gekonnt Formen des On- und Offlineaktivismus, wie im Fall der Hashtag-Kampagne #NichtOhneMeinKopftuch, bei der Unterschriften für eine Onlinepetition gegen eine „Wertediktatur“ gesammelt wurden (vgl. OCCI 2018, S. 7ff). Erst durch die Verdichtung, Vereindeutigung und Überzeichnung dieser Botschaften entsteht die Problematik: ein polarisierendes Weltbild, in dem es nur noch „die Deutschen“ gibt, die „die Muslime“ unterdrücken. Dieses Verfolgungsszenario wird auch als „islamistisches Opfernarrativ“ oder als „Opferideologie“ bezeichnet.

Die Aufgabe der politischen Bildung besteht darin, Jugendliche für diese „Kipppunkte“ zu sensibilisieren, an denen aus berechtigter Kritik ein einseitiges Opfernarrativ wird. Dabei geht es weniger darum, konkrete Gruppen oder Positionen als islamistisch zu identifizieren. Vielmehr ist es das Ziel, Jugendlichen die Auseinandersetzung mit kontroversen, teilweise real vorhandenen Missständen zu ermöglichen und alternative Angebote und Umgangsweisen aufzuzeigen, die attraktiver sind als jene, die ihnen von islamistischen Akteur_innen in Sozialen Medien gemacht werden. Dadurch werden sie befähigt, selbst einzuschätzen, inwiefern (eventuell) islamistische Positionen ihre eigenen Gestaltungsspielräume und Teilhabechancen sowie das friedliche Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft einschränken (vgl. JFF 2018, S. 26).

Empowerment mit Memes

Die Kommunikation mit Bildern und Bewegtbildern hat für junge Menschen eine besondere Bedeutung. Jugendliche suchen und produzieren Bilder und Videos und teilen diese mit anderen über ihre Accounts. Die Kommunikation mit Bildern ist charakteristisch für „Digital Natives“, also jene Generation, die mit Sozialen Medien aufgewachsen ist. Das Bildmaterial, das eigens für den Sozialraum Internet gestaltet wird, ist Teil der Jugendkultur und authentischer Ausdruck von Jugendlichen in der sozialen und medialen Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt.



Eine besondere Bedeutung kommt dabei sogenannten Memes³ zu. Hierbei handelt es sich um Bilder mit einfachen Textbotschaften. Sie entstehen durch die Bearbeitung einer bekannten Bildvorlage, einem sogenannten „Mememakro“. Unter Umständen reicht es bereits aus, ein paar Wörter in eine Bildvorlage zu setzen, um von einem Meme zu sprechen. Das Grundprinzip ist die Anpassung eines bestehenden Konzepts. Heutzutage ist mit dem Meme-Begriff meist das Phänomen der viralen Verbreitung von Bildbotschaften in Sozialen Medien gemeint. Aber auch hier gibt es engere und breitere Auslegungen: Es muss sich nicht immer um Bilder handeln, auch ein Posting zu #metoo oder ein Fake-Twitterpost eines Präsidenten lassen sich als Memes beschreiben.

Memes in der pädagogischen Arbeit

Im Projekt bildmachen geht es vor allem – aber nicht nur – um die Auseinandersetzung mit und die Gestaltung von Bildbotschaften. Die Art der künstlerischen Gestaltung, etwa saubere Schnitte oder die Platzierung des Fonts spielt dabei eine untergeordnete Rolle, auch wenn sich in der Kunst des Memens durchaus ästhetische Standards durchgesetzt haben. Memes bedienen unzählige Nischen und verstärken über politische und kulturelle Grenzen hinweg einen nahezu universellen Humor. Zugleich setzt das Verständnis von Memes oft ein Vorwissen (etwa über den Ursprung des Mememakros) voraus. Memes sind daher niedrigschwellig und voraussetzungslos zugleich. Es kann durchaus eine Herausforderung sein, das Phänomen Meme zu vermitteln. Es ist also für pädagogische Fachkräfte von Vorteil, wenn sie auch privat in Sozialen Medien auf Tuchfühlung mit jugend- und popkulturellen Themen gehen, um so aktuelle Meme-Vorlagen, ihre Bedeutung und andere virulente Themen kennenzulernen.

Memes sind für die aktive Medienarbeit mit Jugendlichen aus zwei Gründen besonders geeignet: Sie lassen sich sehr einfach erstellen und bieten dabei viel Raum für Kreativität und die Verarbeitung eigener Themen. In der Bildungsarbeit mit Jugendlichen ist die Erfahrung von Selbstwirksamkeit von großer Bedeutung und tatsächlich lassen sich mit Memes schnelle Erfolgserlebnisse erzielen. Memes sind vielen (aber nicht allen!) Jugendlichen aus der eigenen Mediennutzung bekannt, auch wenn sie diese oft vor allem konsumieren und nicht selbst produzieren, und bieten daher eine hohe Anschlussfähigkeit an jugendkulturelle Themen.

In der politischen Bildung sind Memes von besonderem Interesse, da sie häufig politische Statements transportieren und damit auch auf die Meinungsbildung Einfluss nehmen können. Nicht immer geht es dabei um eine positive Wirkung, wie sich in jüngsten Einflussnahmen auf Wahlkämpfe und rassistischen Shitstorms zeigt.⁴ Anleitungen zu einer „memetischen Kriegsführung“ finden sich auf rechtsextremen Vernetzungsportalen wie der „Reconquista Germanica“ und erklären, wie politische Gegnerschaft in Sozialen Medien mit Hilfe von „hassredenden Memes“ bekämpft werden können (vgl. Lauer 2018).



Wie in einem bildmachen-Workshop mit Memes gearbeitet wird

Die bildmachen-Workshops sind in drei Module aufgeteilt. Im ersten Modul geht es um eine Auseinandersetzung mit Inhalten und Formaten, die die Jugendlichen in Sozialen Medien beschäftigen. Dabei steht die individuelle Nutzung der Jugendlichen im Vordergrund. Fast alle Jugendlichen (97%) besitzen ein Smartphone (JIM 2018, S. 8) und haben über das Internet Zugang zu einem unüberschaubaren Fundus an Informationen. Umso wichtiger ist es, Informationen einschätzen und bewerten zu können. Gerade Rechtsextremist_innen greifen auf Manipulationen zurück, um ihre einfachen Weltbilder zu verbreiten. Solche „Fake News“ verbreiten sich auch auf den Plattformen, die von Jugendlichen genutzt werden – und dies auch noch dann, wenn sie von Nutzer_innen bereits als platte Lügen enttarnt wurden. Umso wichtiger ist es, die Medienkompetenz der Jugendlichen zu stärken und ihnen ganz konkrete Tipps an die Hand zu geben, wie sie etwa selbst Quellen überprüfen können.

Anschließend setzen sich die Jugendlichen mit Hassrede im Internet auseinander. Neun von zehn Jugendlichen sind im Internet mit Hassrede konfrontiert worden, besonders häufig richtet sich Hassrede gegen LGBTQI⁵-Personen, Frauen und muslimische Menschen (vgl. Europarat 2016, S. 2). In diesem Workshopmodul erfahren die Jugendlichen die Gemeinsamkeiten solcher Kommentare – etwa wenn es um die Konstruktion homogener Feindbilder, die Beanspruchung einer absoluten Wahrheit und die Abwertung von Anderen geht – und setzen sich damit auseinander, welche Rolle Hassrede auch in islamistischen Ansprachen spielt.

Im letzten Workshopmodul werden keine Themen vorgegeben. Die Jugendlichen dürfen sich selbst als Meme-Creators versuchen und dabei eigene Themen aufgreifen. Häufig geht es in den so entstehenden Memes um jugendspezifische Themen, etwa um Erfahrungen in der Lebenswelt Schule und den unterschiedlichen Erwartungen, mit denen Jugendliche dort konfrontiert sind.

Doch nicht immer entstehen „gesellschaftlich erwünschte“ Memes. Manchmal werden in den Memes selbst Sexismus und Rassismus reproduziert oder Bildrechte von Privatpersonen verletzt, oft auch in „guter Absicht“. In solchen Fällen – und das ist ein zentraler Aspekt unserer Workshops – greifen die Trainer_innen die Problematik auf und reflektieren die Inhalte und Darstellungsformen in der Gruppe. Bei problematischen Bildinhalten stellt sich oft heraus, dass vielen Jugendlichen die möglicherweise verletzend wirkende Wirkung ihrer Bilder nicht bewusst sind. In manchen Fällen werden aber auch ganz bewusst Grenzen ausgetestet. In der Diskussion geht es dann weniger darum, den



© bildmachen.net ein Projekt von ufuq.de



„pädagogischen Zeigefinger“ zu erheben. Das Ziel sind Gruppendiskussionen, in denen die Trainer_innen vor allem moderieren, um die in aller Regel ohnehin unterschiedlichen Perspektiven auf das Meme bzw. das größere Thema dahinter sichtbar zu machen und dadurch Reflexionsprozesse in Gang zu setzen.

Erst durch die anschließende Diskussion entfaltet sich auch das Potenzial von Memes in der politischen Bildung. Die Themen müssen nicht gesetzt werden, sondern werden in der Regel von den Jugendlichen selbst auf den Tisch gebracht und können dann gemeinsam verhandelt werden. Der Prozess der Meme-Erstellung und die Auseinandersetzung mit den eigenen Produkten ist das wesentliche Ziel der Workshops.⁶

Fazit

Die Erfahrung aus [bildmachen](#) zeigt, dass es nicht erfolgsversprechend ist, in der Arbeit mit Jugendlichen in „ganz normalen“ Klassen und Jugendgruppen das Phänomen Islamismus explizit in den Mittelpunkt zu stellen – oder Jugendliche dazu anzuleiten, sich mit Memes „gegen Islamismus“ einzusetzen. Sehr wohl sind Memes aber ein spannendes Medium für die politische Medienbildung, da sie Jugendlichen sowohl eine empowernde Selbstpositionierung als auch eine reflektierende Selbstaueinandersetzung ermöglichen. Das Medium setzt an der Lebensrealität der Jugendlichen an und ermöglicht eine relativ einfache Verarbeitung eigener Themen. Durch ihre Dynamik werden Memes wohl auch in den kommenden Jahren ein zentrales Medium in der politischen Auseinandersetzung in den Sozialen Medien bleiben – und sind somit weiterhin spannend für Projekte, die an der Lebensrealität von Jugendlichen ansetzen möchten.

Daraus ergeben sich für uns acht Empfehlungen für die politische Medienbildung mit Memes:

Empfehlung I: Angebote der Universalprävention sollten gegenüber den Themen der Jugendlichen offen sein und sich nicht auf ein Phänomen – etwa Rechtsextremismus oder Islamismus – fokussieren. Eine Orientierung an dem, was eigentlich „problematisch“ ist, bietet das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder „die drei As von ufuq.de“⁷, etwa die Abwertungen gegen andere Lebensweisen – dabei ist es erstmal gar nicht so wichtig, welche Gründe dabei vorgeschoben werden.

Empfehlung II: Jugendliche vor extremistischen Einstellungen zu warnen, ist wenig Erfolg versprechend. Ausgangspunkt für die Bildungsarbeit ist ein Verständnis dafür, warum bestimmte Themen, die von extremistischen Akteuren angesprochen werden, für viele Jugendliche attraktiv sind, um dann gemeinsam mit Jugendlichen „extremistische Antworten“ zu dekonstruieren. Jugendliche brauchen Räume, um eigene Antworten zu entwickeln und sich für ihre Anliegen Gehör zu verschaffen – etwa über Soziale Medien.

Empfehlung III: Memes sind gerade für die politische Medienbildung ein interessantes Medium, um mit Jugendlichen zu arbeiten. Mit Memes können eigene Themen gesetzt und Positionierungen diskutiert und reflektiert werden. Außerdem sind sie eine gute Möglichkeit, sich selbstwirksam in Soziale Medien einzubringen.



Empfehlung IV: Prozessorientierung: Aktive Medienarbeit beginnt idealerweise mit der Beschäftigung von Jugendlichen mit gesellschaftlich relevanten Themen und der dazugehörigen medialen Diskurse, um diese mit ihren eigenen Interessen und Standpunkten abzugleichen. Die Arbeit an eigenen Medienprodukten sollte dabei kooperativ und diskursiv verlaufen.

Empfehlung V: Produktorientierung: Für eine positive Lernerfahrung ist es erforderlich, dass Produkte im gegebenen Zeitrahmen tatsächlich fertiggestellt und qualitativ den ästhetischen Erwartungen der Jugendlichen gerecht werden.

Empfehlung VI: Öffentlichkeitsorientierung: In der aktiven Medienarbeit sollten Produkte entstehen, mit denen sich Jugendliche in einem öffentlichen Diskurs artikulieren und ihre Interessen vertreten wollen. Eine positive Erfahrung im Sinne der Selbstwirksamkeit stellt sich nur dann ein, wenn Jugendliche auch die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte öffentlich zu präsentieren und damit am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen. Die Entscheidung zur Veröffentlichung und die Wahl geeigneter Plattformen und (Teil-) Öffentlichkeiten liegt dabei letztlich aber bei den Jugendlichen selbst. Auch die Entscheidung zur Nichtveröffentlichung ist Ausdruck von Medienkompetenz.

Empfehlung VII: Die Arbeit mit digitalen Medien kann mit technischen und rechtlichen Hürden einhergehen. Technische Anforderungen wie die Verfügbarkeit von Geräten oder einem Internetzugang sollten vor dem Workshop geklärt und getestet werden. Rechtliche Fragen beziehen sich auf Urheberrechte von Medieninhalten, die in Workshops verarbeitet oder kopiert werden (zum Beispiel Bilder, Musik), den Datenschutz und ggf. die Minderjährigkeit der teilnehmenden Jugendlichen. In der Regel sind schriftliche Einverständniserklärungen der Jugendlichen und ihrer Erziehungsberechtigten erforderlich. Lokale Medienzentren und medienpädagogische Einrichtungen können bei technischen und rechtlichen Fragen beraten.

Empfehlung VIII: Die Erwartungen an Workshops der politischen Bildung mit Methoden der aktiven Medienarbeit sollten realistisch gesetzt, im Projektverlauf überprüft und ggf. angepasst werden. Aus den Workshops allein können weder politische Aktivist_innen noch versierte Journalist_innen oder Künstler_innen hervorgehen. Es geht darum, Jugendlichen zu ersten Zugängen und Erfahrungen mit der Beteiligung an öffentlichen Diskursen zu verhelfen. Im Vordergrund stehen dabei die Erprobung und die Erfahrungen der Selbstbestimmtheit und der Selbstwirksamkeit der Jugendlichen bei der medialen Artikulation zu politischen Themen.

¹ Gekürzt und leicht verändert aus ufuq.de (2019) „Mit Memes gegen Islamismus? Materialien für die politische Medienbildung mit Jugendlichen“ https://www.bildmachen.net/wp-content/uploads/2019/11/bildmachen_Mit-Memes-gegen-Islamismus_Materialien-f%C3%BCR-die-politische-Medienbildung-mit-Jugendlichen.pdf

² Oftmals werden Zeitungsartikel gepostet, die rassistische Vorfälle thematisieren, was nicht davon abhält, „die Medien“ pauschal der rassistischen Hetze zu bezichtigen. Auf Fake News im engeren Sinne (bewusst fabrizierte Falschmeldungen) trifft man auf Webseiten wie „Generation Islam“, „Realität Islam“ oder „Muslimstern“ eher nicht. Die am meisten viral verbreiteten Falschmeldungen 2018 im deutschsprachigen Raum kamen allesamt aus dem rechtsextremen Spektrum (vgl. Schmehl 2018). Da diese zumeist rassistische Stereotype verbreiten, beziehen sich auch islamistische Seiten auf diese Falschmeldungen, um die These eines umfassenden Islamhasses zu untermauern. Die Thematisierung dieser rechtsextremen Narrative ist also auch in der Islamismusprävention relevant.

³ Grammatikalisch korrekt wäre es, von Mem im Singular und Meme im Plural zu schreiben. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird aber von einem Meme [mi:m] und mehreren Memes [mi:ms] gesprochen.

⁴ Auch der Attentäter von Christchurch hat in seinem „Manifest“ auf Memes als Sprachmittel zurückgegriffen (vgl. Petter 2019).

⁵ LGBTQI steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Transgender, Queer und Intersex Life und ist ein Sammelbegriff für Menschen, die nicht traditionellen Sexualitäts- oder Geschlechtsnormen entsprechen (wollen).

Literaturverzeichnis

EUROPARAT (2016): No Hate – Youth Campaign for Human Rights Online rm.coe.int/1680700016 (zuletzt geprüft am 14.03.2021)

JFF – INSTITUT FÜR MEDIENPÄDAGOGIK (2018): bildmachen – Jugendliche gegen islamistische Inhalte in Sozialen Medien stärken (zuletzt geprüft am 14.03.2021) www.jff.de/fileadmin/user_upload/jff/projekte/bildmachen/bildmachen_broschue-re_20190401.pdf

LAUER, STEFAN (2018): Infokrieg für die Grundschule – „Reconquista Germanica“ und „D Generation“ (zuletzt geprüft am 14.03.2021) <https://www.belltower.news/infokrieg-fuer-die-grundschule-reconquista-germanica-und-d-generation-46716/>

MEDIENPÄDAGOGISCHER FORSCHUNGSVERBUND SÜDWEST (2018): JIM-Studie 2018 – Jugend, Information, Medien (zuletzt geprüft am 14.03.2021) https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2018/Studie/JIM2018_Gesamt.pdf

OCCI – OPEN CIVIL COURAGE INITIATIVE (2018): „Generation Islam“ und Online-Islamismus – Im Interview mit Pierre Asisi (zuletzt geprüft am 14.03.2021) www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/06/IR-Juni-OCCI_DE.pdf

PETTER, JAN (2019): PewDiePie, Memes und Menschenverachtung – die bizarre Welt, in der sich der Neuseeland-Attentäter radikalisierte (zuletzt geprüft am 14.03.2021) www.bento.de/gadgets/christchurch-pewdiepiememes-und-rassismus-wie-sich-der-neuseelandattentaeter-radikalisierte-a-ecabf540-ec27-4892-8f4d-c17540387e0a

SCHMEHL, KARSTEN (2018): Das sind 8 der erfolgreichsten Falschmeldungen auf Facebook 2018 (zuletzt geprüft am 14.03.2021) <https://www.buzzfeed.de/recherchen/das-sind-der-erfolgreichsten-falschmeldungen-auf-facebook-2018-90134176.html>

⁶ Der Ansatz funktioniert besonders dann gut, wenn die Übungsleitung nicht zugleich auch eine bewertende Funktion einnimmt wie etwa Lehrer_innen in der Schule. Im Schulkontext ist daher oft die Zusammenarbeit mit externen Partnern hilfreich. Es entstehen offenere Räume, in denen Themen und Perspektiven zur Sprache kommen können, die sonst nicht zum Thema werden.

⁷ „Die drei As von ufuq.de“: Um einschätzen zu können, ob eine Aussage oder ein Verhalten aus der Perspektive der politischen Bildung problematisch ist, können „die drei As“ helfen: Abwertungen, absolute Wahrheitsansprüche und antipluralistische Positionen stehen im Widerspruch zu demokratischen Grundprinzipien wie Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Pluralismus. Auf dieser Ebene lässt sich die Problematik auch mit Jugendlichen ansprechen. Ein Beispiel: Wenn ein Schüler einen anderen während des Ramadans unter Druck setzt und ihn auffordert, zu fasten oder auch nicht zu fasten, geht es in der pädagogischen Arbeit nicht darum, einen eventuellen religiösen oder atheistischen Hintergrund dieses Verhaltens zu thematisieren, sondern um das konkrete Verhalten selbst – das Ausüben von Druck auf andere. Denn Abwertungen und sozialer Druck sind in Schule und Bildungsarbeit Alltag. Die drei As gelten also phänomenübergreifend und sind gerade deshalb hilfreich. Im Konfliktfall sind weder religiöses Wissen noch „neue“ pädagogische Methoden von Nöten. Im Mittelpunkt stehen Interventionen, die aus dem pädagogischen Alltag im Umgang mit Abwertungen, Beleidigungen und Mobbing bekannt sind. Und darin sind pädagogische Fachkräfte ja bereits Expert_innen.





7. Wem überlassen wir die Debatten?

Ein Kommentar – von **Nava Zarabian**, Bildungsstätte Anne Frank

Ereignisreiche Jahre liegen hinter uns. Und vor uns. Ob Klimakrise, Terrorismus, Rassismus oder Pandemie, an gesellschaftlich relevanten Themen, die wir in der politischen Bildung aufarbeiten müssen, fehlt es nicht. Klagen über uninteressierte und unpolitische Jugendliche scheinen passé zu sein. Allein die Demos von „Friday for Future“ oder „Black Lives Matter“ der letzten Jahre zeigen uns, dass besonders junge Menschen aktiv werden wollen. Sie vernetzen sich, engagieren sich für ihre Überzeugungen. Für manche mag es sogar den Anschein haben, dass Themen wie Rassismus und Klimawandel wesentlich präsenter sind als in den vergangenen Jahren. Das liegt natürlich an der Dringlichkeit dieser Themen – aber nicht zuletzt auch an der Entwicklung der sozialen Netzwerke.

Smartphones und soziale Medien sind ein Teil unserer Lebenswelt geworden und sorgen dafür, dass wir im nahezu ständigen Informationsaustausch stehen. Nachrichten erreichen uns schneller, wir sind uns virtuell näher und können Kontakte zu Menschen aus der ganzen Welt halten. Damit hat sich nicht nur die Art der Kommunikation verändert sondern auch die Popkultur. Wie z.B. die Wirkmacht von Influencer:innen, die man als die „Pop-Stars“ von heute verstehen kann. Sie teilen Momente aus ihrem Leben und scheinen über soziale Netzwerke wie Instagram oder Tiktok für ihre Follower:innen greifbar und nahbar zu sein. Aber auch viele Aktivist:innen nutzen die Vorteile der sozialen Netzwerke, um auf ihre Arbeit aufmerksam zu machen. User:innen erstellen Beiträge zu den unterschiedlichsten Themen, die sie bewegen und interessieren. Mittlerweile gibt es zu fast jedem Thema das passende Angebot auf sozialen Netzwerken. Denn junge Menschen nutzen Dienste wie Instagram schon lange nicht nur zur Kommunikation, sondern auch immer mehr als Informationsquelle. Jedoch: Was ein nützliches Tool zur Informationsgewinnung und -verbreitung sein kann, hat sich auch als manipulativ, schwer kontrollierbar und sogar gefährlich erwiesen.

Rechtsextreme und Islamist:innen nutzen seit Jahren die Möglichkeiten sozialer Netzwerke, um ihre menschenverachtenden Ideologien zu verbreiten. Sie versuchen, ihre Botschaften zielgruppenorientiert, jugendaffin und modern verpackt auf allen relevanten Diensten zu verbreiten. Eine immer größere Rolle spielt hierbei subtile Propaganda, die nicht auf den ersten Blick als solche zu erkennen ist. Besonders für junge Menschen, die diese nicht einschätzen können, besteht die Gefahr, in einen Sog der Propaganda zu geraten. User:innen, die Beiträge zunächst unhinterfragt übernehmen, könnten stufenweise mit immer mehr problematischen Inhalten konfrontiert werden. Komplexe gesellschaftliche Phänomene, wie z.B. Rassismus, werden hier scheinbar leicht verständlich erklärt, dabei aber mit der eigenen Botschaft und Perspektive versehen. Es kann manchmal schwierig sein, hier echte Informationsangebote von propagandistischen Artikeln zu trennen.

Rassismus ist in unserer Gesellschaft ein drängendes Problem. Darunter fällt auch der sogenannte Antimuslimische Rassismus. Er findet auf personeller, institutioneller und



struktureller Ebene statt. Betroffene berichten seit langem von seinen Auswirkungen, die von Ausschlüssen, Übergriffen bis hin zur Gewalt reichen. Auf politischer und medialer Ebene werden Diskussionen geführt, die von antimuslimischen Ressentiments durchzogen sind, wie z.B. über das Tragen eines Kopftuchs im öffentlichen Raum oder die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland. Solche Debatten, die zunächst im rechten Spektrum verortet waren, werden zunehmend normalisiert; Versatzstücke davon tragen sich weiter in die Gesellschaft. Besonders Rechtsextremist:innen nutzen diese Debatten zu Verstärkung ihres Feinbildes. Online sind hasserfüllte und hetzende Äußerungen gegenüber Muslim:innen virulent; verächtliche Kommentare suggerieren die Unmöglichkeit von muslimischem Leben in Deutschland. Offenkundige Hasskommentare sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Viele der dahinterstehenden Prozesse sind subtiler und bergen die Gefahr der Normalisierung antimuslimischer Ressentiments. Es gilt, sie aufzubrechen und Gegenrede zu leisten, damit sich Vorurteile nicht zementieren und Feindbilder sich nicht weiterverbreiten.

Einige behaupten, es ginge ihnen bei ihren Aussagen, der sogenannten „Islamkritik“ nur um „Religionskritik“ und um „Radikale“ Personen und um Extremist:innen. Dabei spielen Narrative der Unvereinbarkeit von muslimischem Leben und Deutschland islamistischen Extremist:innen in die Karten, die ihrerseits Antimuslimischen Rassismus erfolgreich instrumentalisieren. Denn ein zentrales Narrativ der islamistischen Propaganda besagt nämlich genau dies: Dass die Religionsausübung außerhalb der eigenen extremistischen Gruppe nicht möglich sei. Es wird behauptet, dass gegen eine vermeintlich Homogene Gruppe „der“ Muslime ein weltweiter Krieg geführt würde. Anhand realer Ereignisse, wie z.B. militärischen Interventionen oder Anschlägen, versuchen Islamist:innen, dieses Opfernarrativ zu untermauern. Dabei stellen sie sich als die Gruppe dar, die sich für die Rechte aller Muslime einsetzen möchte. Problematisch dabei: Die mittransportierten Botschaften werden subtil mit Versatzstücken von Antipluralismus und Demokratiefeindlichkeit zu einer Ideologie der Ungleichwertigkeit angereichert. Gezielt werden dabei das Gerechtigkeitsgefühl, die Emotionen und die Diskriminierungserfahrungen junger Menschen angesprochen. Sie werden mit dem Vorwand gelockt, sich für etwas Gutes zu engagieren. So wird ein real existierendes Problem genutzt und für eigene Propagandazwecke instrumentalisiert.

Schon seit längerem wird das Thema Antimuslimischer Rassismus in islamistischen Kreisen als Anknüpfungspunkt genutzt, um Menschen zu erreichen. Ob mit einem Video, das die Rassismuserfahrungen von Muslim:innen in Deutschland mit dem Antisemitismus des „Dritten Reichs“ vergleicht, mit Kommentaren zu Politiker:innen-Statements oder auch mit Aktionen, etwa Hashtag-Kampagnen. Ein besonders prominentes Beispiel der letzten Jahre war die von islamistischen Akteur:innen inszenierte Kampagne #NichtOhneMeinKopftuch. Bereits zweimal wurde die Online-Kampagne aufgezo-gen. Anlass für diese Aktion war das erneut diskutierte Trageverbot von Kopftüchern an Schulen und in Kindergärten. Die in Deutschland immer wiederkehrende Debatte um das sogenannte Kopftuchverbot ist bisweilen von antimuslimischen Ressentiments durchzogen und hat auf das Leben junger Muslim:innen handfeste Auswirkungen. Studien am Arbeitsmarkt zeigen, dass Muslim:innen, die Kopftuch tragen, sich wesentlich öfter bewerben müssen. Die Initiatoren der #NichtOhneMeinKopftuch-Kampagne greifen diese Diskussionen auf.



Unter dem Vorwand, sich „nur“ gegen die Diskriminierung von muslimischen Frauen einzusetzen, bekräftigen sie das von ihnen verbreitete Narrativ und die dahinterstehenden Feindbilder.

Viele islamistische Online-Angebote sind oft rechtlich nicht angreifbar. Dennoch kann man sich auch im virtuellen Raum gegen die Ideologie wehren. Online-Gegenrede in Form von kritischen Kommentaren kann dazu beitragen, dass andere User:innen diese Inhalte hinterfragen. Deutungen und Kommentare können so nicht mehr als alleinige Wahrheit propagiert werden. Beispielsweise wurde bei der Hashtag-Kampagne #NichtOhneMeinKopftuch von einigen User:innen vor den islamistischen und rechtsextremen Profilen gewarnt, die sich an der Kampagne beteiligt hatten. Dennoch entwickelt sich islamistische Online-Propaganda dynamisch weiter. Nach zahlreichen juristischen und natürlich auch zivilgesellschaftlichen Interventionen hat sich die Online-Ansprache von Islamist:innen stark verändert. Es gibt viele Graubereiche, und das Beispiel um die Hashtag Kampagne #NichtOhneMeinKopftuch hat dies gut gezeigt. Für viele User:innen ist es schwierig zu erkennen, wer hinter diesen Seiten und Kampagnen wirklich steckt.

Daher sollten wir uns auch fragen, welchen Anspruch wir an junge User:innen haben, solche Kampagnen zu erkennen. Die Aufklärung über Online-Propaganda-Strategien sollte in die Medienerziehung miteinfließen. Pädagogische Fachkräfte und Eltern brauchen Informationen und Module, um sie in der Arbeit mit jungen Menschen einsetzen zu können. Denn sie sind nicht nur die Ansprechpartner:innen, sondern auch diejenigen, die bei der Medienerziehung kompetent unterstützen.

Soziale Netzwerke nehmen besonders in Zeiten der Pandemie einen großen Teil der Lebenswelt junger Menschen ein. Darum ist es nur folgerichtig, sie für problematische Inhalte zu sensibilisieren und sie im Umgang mit ihnen zu stärken. Dabei ist es weniger von Bedeutung, dass User:innen die konkrete Gruppe hinter einer bestimmten Seite identifizieren können, sondern eher, wie die Auseinandersetzung mit den geteilten Inhalten aussehen kann. Im Rahmen der Medienerziehung sollten Jugendliche gestärkt werden, gerade die subtilen Formen extremistischer Propaganda zu erkennen.

Doch wie greifen wir gesellschaftlich relevante Themen wie Rassismus auf und machen sie zugänglich? Wir sollten Jugendlichen die Auseinandersetzung mit real vorhandenen Missständen und Kontroversen ermöglichen. Dabei sollten die Angebote und Umgangsweisen attraktiver sein als jene von islamistischen Akteur:innen. Es hilft, jungen Menschen besonders bei diesen Themen auf Augenhöhe zu begegnen. Wir müssen uns bewusst werden, dass Antimuslimischer Rassismus ein weitverbreitetes Problem unserer Gesellschaft ist, das im schlimmsten Fall Menschenleben kosten kann. Erinnern wir uns nur an den rechtsextremen Anschlag mit rassistischem Motiv in Hanau, bei dem neun junge Menschen ermordet worden. Die Auseinandersetzung mit dem Konzept von Antimuslimischem Rassismus gibt jungen Menschen Gelegenheit, gesellschaftliche Strukturen und historische Wurzeln der Ausgrenzung und der Abwertung besser zu verstehen. Politische Bildungsangebote, die auf die Sensibilisierung und den Abbau von Antimuslimischem Rassismus zielen, sind hierzu nützliche Bausteine. Das Anerkennen von Diskriminierungserfahrungen junger Menschen ist unverzichtbar für eine gute Präventionsarbeit.



Wir brauchen eine kritische Auseinandersetzung und Wahrnehmung von Diskursen und Bildern, die antimuslimische Narrative haben. Gleichzeitig ist aber auch das kritische Hinterfragen unserer eigenen Verstrickungen und die Reflexion unserer eigenen Arbeit wichtig. In der Präventionsarbeit wurde vieles richtig gemacht, einiges ist jedoch auch verbesserungsfähig. Eine rassismuskritische Extremismusprävention ist nicht nur wichtig, sie ist notwendig, um nachhaltige Erfolge zu erzielen. Dazu kann es auch gehören, die Kritik an den von uns benutzten Begriffen zu verstehen. So können wir es schaffen, junge Menschen vor der extremistischen Instrumentalisierung von Antimuslimischem Rassismus zu schützen. Die Verbreitung von demokratischen Gegen-Narrativen und die realistische Darstellung der „Normalität“ muslimischen Lebens in Deutschland kann die Vielfältigkeit der Lebensformen und Glaubensrealitäten von Muslimen in Deutschland vermitteln.

Wenn wir Räume schaffen, in denen mit jungen Menschen wertschätzend und umfänglich über die Thematiken und Probleme unserer Zeit gesprochen wird, werden es Extremist:innen schwer haben. Dazu gehört auch, Betroffenen von Antimuslimischem Rassismus solidarisch zur Seite stehen, Hilfe anzubieten und Erfahrungen, Jugendkulturen Lebenswelten anzuerkennen.

Junge Menschen sind politisch, interessiert und engagiert. Wir sollten ihr Interesse an gesamtgesellschaftlichen Debatten, wie etwa Rassismus und Klimawandel fördern - und, wenn wir Diskussionsbedarfe erkennen, Räume und Potentiale für politische Bildung schaffen.



Impressum

Herausgegeben vom:

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt, Referat für Projekte zur Prävention von politischem und religiösem Extremismus

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Rheinallee 97-101
55118 Mainz

Telefon: 06131 / 967 431

E-Mail: demokratiezentrum@lsjv.rlp.de

URL: www.demokratiezentrum.rlp.de

Autorinnen:

Heike Folz
Misbah Khan
Canan Korucu
Dr. Daniela PISOIU
Nava Zarabian

Gesamtleitung: Petra Fliedner

Grafik Titelbild: spyrakot - [stock.adobe.com](https://www.stock.adobe.com)

Layout: MZ Ring GmbH & CO. KG – www.mzring.de

Stand: September 2021

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Kontakt

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Abteilung Landesjugendamt
Rheinallee 97-101 – 55118 Mainz
www.demokratiezentrum.rlp.de

Bildungsstätte Anne Frank e.V.

Hansaallee 150 - 60320 Frankfurt am Main
Tel.: 069 56 000-20
www.bs-anne-frank.de

Modus – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung gGmbH

Alt-Reinickendorf 25 - 13407 Berlin
Tel.: +49 30 40 75 51 20
www.modus-zad.de

oiip - Österreichisches Institut für Internationale Politik

Währinger Straße 3/12 - 1090 Wien
Tel.: +43 1 581 11 06
www.oiip.ac.at

Ufuq.de

Dudenstraße 6 - 10965 Berlin
Tel.: 030-98 34 10 51
www.ufuq.de



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Abteilung Landesjugendamt

Rheinallee 97-101 | 55118 Mainz
demokratiezentrum@lsjv.rlp.de